Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 75. Dienstag, den 1. April 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Almosen für die Kriegsveteranen!

Den Veteranen soll endlich geholfen werden. Es soll fürderhin nicht mehr vorkommen, daß Greise, die für das Vaterland, das „teure“, gestritten und gelitten haben, elendiglich verhungern, fast könnte man sagen — man verzeihe den überaus harten Ausdruck — krepieren, nein, künftig soll ihnen unter die Arme gegriffen werden, damit sie wenigstens noch den kargen Rest ihrer Tage nicht am Hungertuche nagen müssen. Das glorreiche Reich, in dem die Millionen und die Millionäre üppig gedeihen wie Pilze nach einem warmen Gewitterregen im August, erinnert sich also jetzt, nachdem ein Menschenalter verstrichen, die meisten Kriegshelden bereits zur „großen Armee“ abberufen worden, seiner verdammten Pflicht und Schuldigkeit und wird den lumpigen Betrag, den es seither jährlich, und zwar nur an verhältnismäßig wenige Auserwählte unter den Veteranen zahlte, angemessen erhöhen?

Nur gemach! Die Mühlen des Reiches mahlen langsam und nicht einmal sicher. Ja, wenn es sich bei der Erhöhung des „Gnadensoldes“ noch um höhere und höchste Offiziere oder um Offiziere überhaupt handelte! Aber davon kann nicht die Rede sein. Höhere Offiziere sind bekanntlich aus dem französischen Milliardensegen reichlich, ja überreichlich entschädigt worden für die Dienste, die sie dem Vaterlande damals geleistet. Solch nützliche Elemente läßt man im Deutschen Reiche nicht Jahrzehnte warten. Andernfalls würden die bürgerlichen Parteien, weil es sich um Fleisch von ihrem Fleisch handelt, auch längst Lärm geschlagen haben. Etwas andres ists mit den Kriegsteilnehmern, deren Herkunft der große Haufen; die als „Gemeine“ in dem Völkerdrama mitgewirkt: Sie mußten in Geduld sich fassen, und werden wohl oder übel diese Tugend auch noch weiter über müssen, sintemalen Moloch die Milliardeneinnahmen des Reichs rattenkahl wegfrißt und noch lange nicht gesättigt ist.

Die Hilfe soll den Veteranen von privater Seite kommen. Unlängst hat sich nämlich ein „Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen“ gebildet, und dieser Reichsverband, in dessen Leitung Männer sitzen, die in bürgerlichen Kreisen schon etwas gelten, weil sie über einen gefüllten Geldbeutel verfügen und über hochklingende Titel; bei deren Nennung die Mehrzahl gewöhnlicher Sterblicher in Ehrfurcht erschauert und in Unterwürfigkeit fast vergeht — dieser Reichsverband fordert jetzt „zu einer Nationalspende für bedürftige Veteranen“ auf. Hier die Mär:

„In erster Linie soll den allerbedürftigsten Veteranen, die in Not und Bedrängnis leben, durchgreifende und nachgehende Fürsorge zuteil werden. Sodann soll ferner noch arbeitsfähigen Veteranen durch eine den speziellen Verhältnissen angepaßte Stellenvermittlung und Auskunftei leichte Beschäftigung nachgewiesen und sachliche Beratung zur Erlangung der Staatsbeihilfe gewährt werden. Nicht Ersatz der Staatshilfe also, aber eine wertvolle Ergänzung soll die Verbandshilfe bringen, und zwar besonders auch in allen denjenigen Fällen, wo das Veteranenfürsorgegesetz ein Eingreifen des Staates nicht zuläßt.“

Den „allerbedürftigsten Veteranen“ soll also in erster Linie geholfen werden. Wozu dieses erst betonen? Das ist doch ganz selbstverständlich, wenn überhaupt etwas geschehen soll; so selbstverständlich, wie es selbstverständlich, daß allerbedürftigste Veteranen stets in Not und Bedrängnis leben. Richtiger wäre es schon, wenn die Veteranen erführen, welcher Art die „durchgreifende“ Fürsorge sein soll. Wir haben allen Grund, zu befürchten, daß die Beträge, die für den einzelnen dabei herauskommen, vorerst noch recht bescheiden sein werden. Diese Befürchtung scheint auch der Verband zu teilen; die Ankündigung, daß „noch arbeitsfähigen Veteranen“ u. a. „leichte Beschäftigung“ nachgewiesen werden soll — ob es möglich sein wird, ist eine andere Frage —, läßt kaum einen anderen Schluß zu. Auch die „wertvolle Ergänzung“ der in jeder Beziehung unzureichenden Staatshilfe deutet darauf hin.

Diese in Aussicht gestellte Privathilfe, dieser Hinweis, daß man den Veteranen behilflich sein will bei der Erlangung der Staatshilfe, ist für das große, mächtige Deutsche Reich geradezu beschämend, ist die schärfste Verurteilung der bürgerlichen Parteien und der mit ihnen Hand in Hand gehenden Regierungen. Wenn beide bisher den ehrlichen Willen gehabt hätten, den schönen Worten, die sie für die Veteranen immer gehabt, auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen: nicht ein einziger Kriegsveteran hätte „in Not und Bedrängnis“ leben, ein Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen niemals gegründet zu werden brauchen. Aber diesen ehrlichen Willen haben wir bisher vermißt und vermissen ihn auch gegenwärtig noch. Regierung und bürgerliche Parteien wollen eben die Veteranen nicht ausreichend unterstützen und zwingen sie so, Privathilfe in Anspruch zu nehmen, die für einen aufrechten Mann stets einen bitteren Beigeschmack hat.

Nicht minder beschämend für das Reich ist die Mitteilung, daß die „Durchführung des Prinzips der politischen und konfessionellen Neutralität als vornehmster Grundsatz in die Satzungen des Reichsverbandes aufgenommen worden“ ist. In einem wirklichen Kulturstaate würde es einer derartigen Aufnahme gar nicht erst bedürfen. Strengste Neutralität wäre etwas ganz Selbstverständliches. Leider leben wir in einem Klassenstaate, der sowohl auf die politische als auch auf die konfessionelle Neutralität pfeift, der bei allen seinen Maßnahmen von dem Ansehen der Person sich leiten läßt.

Aber selbst wenn es dem „Reichsverbande zur Unterstützung deutscher Veteranen“, der den Ehrgeiz hat, zu einem „allgemeinen Volksverbande“ sich auszuwachsen, gelänge, der strengsten Durchführung des Grundsatzes der politischen usw. Neutralität nicht nur in seinen Satzungen ein bescheidenes Plätzchen einzuräumen, sondern sie auch bei allen seinen Maßnahmen praktisch zu betätigen, selbst dann halten wir den Verband für überflüssig. Nicht, weil uns die bittere Not, in der Tausende und aber Tausende der Veteranen leben, kalt läßt, sondern weil wir ihnen nicht zumuten wollen, mit dem Hute in der Hand Privatalmosen in Empfang nehmen zu müssen. Die ausreichende Fürsorge für die Veteranen ist Reichssache und muß Reichssache bleiben. Nicht die Veteranen sind es, die sich bedanken sollen, nein, das Reich ist es, das den Veteranen seinen Dank abzustatten hat, und zwar auch in ausreichender Fürsorge. Entzieht es sich dieser Pflicht, und zwar mit Wissen und Willen der bürgerlichen Parteien, dann wissen die Veteranen, daß sie, als sie auf dem Schlachtfelde ihr Leben für das Vaterland einsetzten, lediglich in der Rolle der berühmten Katzenpfoten sich befanden; daß der „Dank des Vaterlandes“ eine heuchlerische Redensart.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu den Wehr- und Deckungsvorlagen.

Über die parlamentarische Behandlung der Vorlagen

werden folgende Mitteilungen gemacht:

Dienstag werden sich die Fraktionen mit den Vorlagen beschäftigen; dann sollen einige Sitzungstage frei bleiben, und die folgende Aprilwoche soll mit der ersten Lesung ausgefüllt werden. Dann werden die Vorlagen an die Budget-Kommission gehen, die zur Beratung etwa zwei Wochen beanspruchen wird. Ähnlich wie bei der Finanzreform sollen die einzelnen Steuergesetze einem besonderen Ausschusse zur Einzelberatung überwiesen werden. Auf diese Weise hofft man, die Steuergesetze im Ausschusse bis Pfingsten erledigen zu können. Während der Pfingstferien hat dann die Regierung Gelegenheit, über strittige Punkte Verhandlungen mit den Parteien zu pflegen. Das Kriegsministerium möchte natürlich die Arbeiten derart beschleunigt sehen, daß die Heeresvorlagen bis Pfingsten bereits verabschiedet sind, da sie am ersten Oktober in Kraft treten sollen.

Höherschraubung der Einnahmesätze.

Um die Deckung der fortlaufenden Mehrausgaben, die durch die Heeresvorlage entstehen, zu erleichtern, ist man nach einer Meldung der „Post“ in eine Nachprüfung der Ansätze für die Einnahmen des dem Reichstag für 1913 vorliegenden Reichshaushalts eingetreten, die zu dem Ergebnis geführt habe, daß es möglich sei, einen Teil der Ansätze nachträglich zu erhöhen, und zwar in einem Gesamtbetrage von 23 Millionen Mark.

Der Julius-Turm Nr. 2.

Der Kriegsfonds des Julius-Turms, der 120 Millionen Mark in Gold beträgt, soll nach den Heeresvorlagen um weitere 240 Millionen Mark erhöht werden. Das neu angesammelte Gold und Silber soll aber aus räumlichen Gründen nicht im Julius-Turm in Spandau untergebracht, sondern von der Reichsbank, getrennt von den sonstigen Beständen, verwaltet werden. Im Falle eines Krieges würde der gesamte Kriegsfonds in die Kassen der Reichsbank fließen, der ihr auf Grund der Bestimmungen des Bankgesetzes gestattet, den dreifachen Betrag, also 1080 Millionen Mark in Banknoten über den sonstigen Umlauf hinaus in den Verkehr zu bringen.

Der nicht ganz einige Bundesrat.

Von gut unterrichteter Seite will die „Tägliche Rundschau“ erfahren haben, daß der Bundesrat wohl die Wehrsteuer einstimmig angenommen habe, doch um die Vermögenszuwachssteuer und um die „Veredelung“ der Matrikularbeiträge habe sich im Bundesrat ein längerer Kampf abgespielt. Preußen habe bald zugestimmt, nicht aber die kleinen Staaten und die Hansestädte, die ebenso wie Sachsen schärfsten Widerstand geleistet hätten.

Der „Ueberpatriotismus“ des Zentrums

wird in der neuesten Nummer der antibachemschen „Kölner Korrespondenz“ unter die Lupe genommen. Die Korrespondenz warnt vor einer „Ueberspannung der nationalen Gefühle, welche der Nationalismus über den Katholizismus stellt“. Aus jener entstehe „jene lächerliche, abstoßende Deutschtümmelei, die man in den Kreisen der Kölner Richtung so oft antrifft, und die sich so zu ungerechten Urteilen gegenüber den Katholiken anderer Nationen hinreißen läßt.“ An anderer Stelle des Artikels der „Kölner Korrespondenz“ heißt es:

„Die Kölner Richtung ist in jüngster Zeit an „Patriotismus“ nicht mehr zu übertreffen. Es soll der Regierung durchaus bewiesen werden, daß das Zentrum unter Kölner Regie äußerst regierungstüchtig ist und deshalb bei Vergebung guter Stellungen und sonstiger Douceure ein Anrecht auf besondere Berücksichtigung hat. Diesen Beweis sucht man in doppelter Weise zu erbringen: erstens bemüht man sich, das Zentrum als eine Partei hinzustellen, die mit den katholischen Grundsätzen prinzipiell aber auch gar nichts zu tun habe und sogar den „Einklang“ mit diesen Grundsätzen nicht zu wahren brauche. Dadurch soll ein altes Vorurteil der Regierung gegen die „ultramontane Partei“ ausgeräumt werden. Zweitens zeigt man der Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß man bereit ist, mit ihr durch das Dicke und das Dünne zu gehen und im Bewilligungspatriotismus jeden Rekord zu schlagen. Das katholische Volk, welches von der Kulturkampfzeit her immer noch mißtrauisch gegen die Regierung ist, will das Hurrageschrei nicht recht mitmachen und bedarf von Zeit zu Zeit der beruhigenden Versicherung, daß im Zentrum das alte Oppositionsfeuer noch lodert. Daher der auf Kölner Seite geradezu komisch anmutende Jesuitenrummel, der an positinen Resultaten nichts, aber auch garnichts zutage gefördert hat. Daher ferner das erste Entrüstungsgeschrei beim Erscheinen der jetzigen Wehrvorlage. Wir schilderten diese Komödie, als der Vorhang gerade in die Höhe ging. Die ersten drei Akte haben sich nach unserer Voraussage glatt abgewickelt, der vierte steht noch aus, aber die Annahme des Gesetzentwurfes durch das Zentrum ist gesichert. Wir glauben, daß sie schon damals gesichert war, als Herr Julius Bachem im vorigen Jahre dem Herrn Reichskanzler seine Aufwartung machen durfte.“

Soweit die Charakteristik des Zentrums durch die katholische „Kölner Korrespondenz“. Wenn Sozialdemokraten das Zentrum zu kritisieren hätten, auch wieder in seinem jetzigen Verhalten zur Militärvorlage, die Kritik könnte nicht schärfer und treffender ausfallen. Und die „Kölner Korrespondenz“ ist gewiß doch eine einwandfreie Quelle; sie gehört zum Zentrum, wenn sie auch aus dogmatischen Gründen die Bachemsche Richtung des Zentrums scharf angreift. Das Zentrum hat immer so gehandelt, auch zu Zeiten, wo die Spaltung in eine Kölner und eine Berliner Richtung noch nicht vorhanden war.

Das liberale Zweigespann.

Fortschrittler und Nationalliberale führen bekanntlich gemeinsam den Landtagswahlkampf „gegen rechts und links“ und berufen sich dafür auf die gemeinsame Weltanschauung des Liberalismus. Zu welchen Sonderbarkeiten dieses Bündnis in den einzelnen Landteilen führt, das bewies eine Wählerversammlung in Breslau, die vom Hansabund einberufen war und zu der Stunde tagte, als gerade die Heeres- und Deckungsvorlagen bekannt wurden.

Der erste Redner, ein Fortschrittler, beklagte sehr die wirtschaftlichen Schäden, die in der Heranziehung großer Mengen werbenden Kapitals für Heereszwecke, wie sie die einmalige Vermögensabgabe vorsieht, liegt. Der Fortschrittsredner hatte seine „schweren Bedenken“ kaum zu Gehör gebracht, als der nationalliberale Bundesredner, Dr. Friedensburg

als zweiter Referent das Wort zum selben Thema ergriff und frisch und munter versicherte, daß die Wehrvorlage notwendig und vollkommen unschädlich für die Volkswirtschaft sei, denn dieser kämen die Heeresvorlagen selbst wieder zugute. Die freisinnige „Morgenzeitung“ kann es sich nicht verkneifen, die nationalliberale Rede höhnisch zu glossieren. Im übrigen aber beschlossen die „einigen“ Liberalen, auf Grund ihrer gemeinschaftlichen Ueberzeugung, weiter gemeinsam den Wahlkampf zu führen.

Die sparende Heeresverwaltung.

Mehrfach ist im Reichstage der Unfug kritisiert worden, daß jedem Offizier ein, den berittenen Stabsoffizieren zwei Soldaten als Burschen zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise werden jedes Jahr mindestens 40 000 Soldaten der militärischen Ausbildung entzogen. Die neue Militärvorlage bringt endlich hierin eine Aenderung — die Zeug-, Feuerwerks- und Festungsbau-Offiziere erhalten künftig keine Burschen mehr. Solche Offiziere gibt es in der ganzen Armee etwa 300; rechnet man nun, daß die Armee um 4000 Offiziere verstärkt wird, so bedeutet diese Reform, daß statt etwa 4500 nur 4200 Soldaten mehr als bisher zu „bewaffneten“ Dienstboten verwendet werden. Das nennt die Heersverwaltung eine — Reform!

In Wirklichkeit handelt es sich darum, eine scharfe Grenze zwischen Zeug- usw. Offizieren oder kurz ausgedrückt, Arbeitsoffizieren und anderen Offizieren zu ziehen. Diese Arbeitsoffiziere sind nämlich aus der Truppe hervorgegangen, mit dem Hauptmann hat ihre militärische Karriere ihr Ende erreicht, und selbst der jüngste Leutnant der Armee, der noch nie das geringste geleistet hat, hält sich für berechtigt, auf den im Dienste grau gewordenen Zeug-Hauptmann verächtlich herabzusehen. Damit, daß man nun den Arbeitsoffizieren die Burschen nimmt, schafft man einen weiteren möglichst scharfen Unterschied. Vielleicht würde man diese aus der Truppe hervorgegangenen Arbeitsoffiziere längst überhaupt beseitigt haben, wenn man in den Kreisen der Offiziere Leute fände, die sich für diesen Dienst hergeben und etwas von diesem Dienst verstehen. Darüber kann ja unbedingt gar kein Zweifel bestehen, daß der Feuerwerksoffizier über ganz andere Kenntnisse verfügen muß, als wie sie der eben von der Kadettenanstalt gekommene frischgebackene Monokelträger hat. Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß den Arbeitsoffizieren die Burschen genommen werden. Aber hier darf nicht Halt gemacht werden, man muß vielmehr zunächst die Burschen für alle dienstlich nicht berittenen Offiziere beseitigen. Auf diese Weise würde man etwa 30 000 Mann im Jahre mehr als bisher militärisch ausbilden können. Die Heeresverwaltung führt in der Budgetkommission des Reichstages mitunter einen ganz erbitterten Kampf um ein paar Schreiber mehr, die bei dem oder jenem Bezirkskommando verwendet werden sollen. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als käme es in der Armee auf jeden einzelnen Mann an. Dieser Eindruck wird natürlich zerstört dadurch, daß Zehntausende von Soldaten militärisch nur höchst mangelhaft ausgebildet werden können, weil sie zu Zwecken verwendet werden, die mit der militärischen Ausbildung absolut nichts zu tun haben. Es gibt kein Gesetz, das den Kriegsminister berechtigt, den Offizieren Burschen zu überweisen; es ist das ein altes Herkommen, das aber selbst durch sein Alter nicht im Lauf der Jahre etwa zu einem Recht werden konnte. Man muß sich auch dagegen wenden, daß den Offizieren für den Verlust der Burschen eine Entschädigung gewährt wird, denn sie haben kein Recht darauf, Burschen zugewiesen zu erhalten, und ein Recht, das man nicht besitzt, kann naturgemäß auch nicht abgelöst werden. — Das Unterfangen der Heeresverwaltung aber, nur den Arbeitsoffizieren, die tatsächlich Kenntnisse haben und auch sehr viel leisten müssen, die Burschen wegzunehmen, muß in der allerschärfsten Weise bekämpft werden. Die außerordentlich mangelhafte Begründung der Heeresvorlage spricht davon, daß möglichst alle waffenfähigen Leute ausgebildet werden sollen; dann muß man aber auch darauf verzichten, diese jungen Leute als Dienstboten, Kellner in den Kasinos und zu ähnlichen Verrichtungen zu verwenden.

Eine grobe Verletzung des Etatsrechts des Reichstags wirft die „Saalezeitung“ der Regierung vor; das Blatt läßt sich von einer angeblich durchaus „informierten Persönlichkeit“ melden: „Um spätestens am 1. Oktober die Heeresvermehrungen durchführen zu können, hat die Heeresverwaltung die notwendigen Lieferungsaufträge schon alle vergeben und überall in allen in Frage kommenden Fabriken und Werkstätten wird schon lange an diesen Aufträgen gearbeitet. Einzelne Waffenfabriken haben gar nicht genug Arbeiter einstellen können, um den Lieferungsbedingungen der Heeresverwaltung zu genügen. Ueberstundenaufschläge wurden von der Heeresverwaltung gern bezahlt; ja, in einzelnen Fällen wurden den Lieferanten sogar Vorschüsse gewährt, damit sie ihre Dispositionen möglichst günstig für die Heeresverwaltung einrichten könnten. Interessant ist nun die Frage, woher die Heeresverwaltung die Mittel nimmt, um diese Ausgaben zu bestreiten, die offiziell noch gar nicht bewilligt sind. Daß die Heeresverwaltung etwa den Kredit von Lieferanten usw. in Anspruch genommen hätte, ist ausgeschlossen; sie hat alle Aufträge sofort bei Ablieferung bar bezahlt und, wie schon erwähnt, sogar Vorschüsse gewährt. In den Kreisen der Armeelieferanten nimmt man an, daß die Mittel des Julinsturms zu Spandau für die jetzigen Ausgaben angegriffen worden seien.“

Die Zulassung bestehender Krankenkassen.

Eine Verfügung der zuständigen Minister ordnet an, daß bei Zulassung von Krankenkassen eine Prüfung der Gleichwertigkeit der Leistungen der im Bezirk vorhandenen Kassen vorzunehmen und das Resultat den einzelnen Kassen sofort mitzuteilen ist. Wenn der Entwurf der Satzungen nicht ganz den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung entspricht, so soll den Kassen möglichst bald Gelegenheit zur Änderung gegeben werden. Die Kassen sollen auch darauf hingewiesen werden, daß sie geschlossen werden müssen, wenn die neuen Satzungen nicht bis zum 1. Juni im Besitze der Versicherungsämter sind.

Die „nationalliberalen“ Agrarier.

Der landwirtschaftliche Zentralverein Königsberg nahm folgenden Antrag an: „Zentralverein wolle an zuständiger Stelle dahin vorstellig werden, daß — um dem immer größer werdenden Arbeitermangel abzuhelfen — mehr als bisher Rückwanderer in Ostpreußen angesiedelt werden, und daß auch den russischen Littauern, den Ruthenen und Südungarn die Berechtigung gegeben wird, sich als Landarbeiter in der Provinz niederzulassen.“

Auf der einen Seite bekämpft man mit allen Mitteln die Polen in Preußen, man gibt zur „Stärkung des Deutschtums“ in den „national gefährdeten“ Provinzen viele Millionen Mark aus und auf der andern Seite erstrebt man die dauernde Niederlassung von Ausländern, um zu billigen und willigen Lohnsklaven zu kommen. Die „nationale Politik“ unserer Agrarier!

Dem Lippeschen Landtage

ist ein Gesetzentwurf über die staatliche Gewerbesteuer zugegangen, der diese Steuerart als Staatssteuer beibehält, ihre Erhebung aber auf eine neue Grundlage stellt. Maßgebend für die Höhe der Steuer soll der Jahresertrag des Geschäfts sein. Die Steuer beginnt bei 1500 Mark Jahresertrag mit 9 Mark und belastet die kleineren Gewerbetreibenden mit ½ Prozent, die größeren mit ¾ Prozent ihres Einkommens. Der Gesetzentwurf zeichnet sich dadurch unrühmlich aus, daß in ihm dem Geschrei der „Mittelständler“ insofern entsprochen ist, als die Konsumvereine unter eine höchst ungerechte Ausnahmebesteuerung gestellt werden. Während die übrigen Steuerpflichtigen nach ihren Jahreserträgen steuern sollen, wird versucht, den Konsumvereinen diese Nebensteuer als Umsatzsteuer (2 Proz. des Umsatzes) aufzuhalsen.

Rußland.

Günstlingsherrschaft in der Armee und Verwaltung. In der Budgetkommission der Duma kam es dieser Tage zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen Abgeordneten in einer Angelegenheit, die auf die unglaublichen Zustände an den höchsten Regierungsstellen grelle Schlaglichter werfen. Der Chef der Grenzwache im Trans-Amurgebiet, General Martynow, hatte vor einiger Zeit gegen seinen Gehilfen, General Sawitzky, wegen Mißbräuche im Dienst Strafverfolgung beantragt. Der Ministerpräsident Kokowzew mischte sich aber in die Untersuchung ein, erwirkte bei dem Zaren die Einstellung des Verfahrens gegen General Sawitzky und setzte es durch, daß General Martynow versetzt und General Sawitzky an seiner Statt zum Chef des wichtigen Grenzgebiets am Amur ernannt wurde. In der Budgetkommission deswegen interpelliert, griff der Ministerpräsident den betreffenden Abgeordneten in heftiger Weise an und lehnte jede weitere Erklärung ab. Diese Haltung Kokowzews erweckt in den politischen Kreisen umsomehr Aufsehen, als aus den Veröffentlichungen in der Presse unzweideutig hervorgeht, daß die von ihm durchgesetzte Erledigung der Angelegenheit ein Akt der gröblichsten Willkür ist, die nur in Rußland möglich erscheint. Wie aus der Verfügung des Untersuchungsrichters hervorgeht, wurden auf das Betreiben Sawitzkys in dem betreffenden Militärbezirk völlig untaugliche Vorräte geliefert, die bei den Soldaten Magen- und Darmkrankheiten und Nachtblindheit hervorriefen. General Martynow versuchte in der Tat, gegen diese Korruption anzukämpfen, er sah sich aber vor seiner Strafversetzung in einem offiziellen Korpsbefehl zu dem Geständnis gezwungen, es sei ihm bei weitem nicht gelungen, die „wirtschaftlichen Mißstände zu bekämpfen, die sich in seinem Bezirk namentlich in den oberen Instanzen eingenistet hätten“. War nun seine Handlungsweise berechtigt oder unberechtigt, der Ministerpräsident Kokowzew war in keinem Falle befugt, die Untersuchung willkürlich niederzuschlagen, und seinen Günstling Sawitzky als Chef des Militärbezirkes einzusetzen. Erklärlich erscheint dieses Vorgehen Kokowzews vielleicht nur aus seinem ständigen Widerwillen gegen Revisionen. Er mag sich sagen, daß die Regierungsrevisionen im heiligen Rußland doch zu keiner Besserung der Zustände führen und der Oeffentlichkeit nur die Möglichkeit geben, die abgrundtiefe Korruption in der Verwaltung kennen zu lernen. Dies suchte aber der Ministerpräsident, der es so meisterhaft versteht, die westeuropäische Oeffentlichkeit zu bluffen, namentlich in diesem Falle zu vermeiden, weil die Aufdeckung der Korruption in dem an China grenzenden Gebiet, nach seinen eigenen Worten „unser Ansehen in den Augen der Ausländer hätte beeinträchtigen können“. Es läßt sich demgegenüber nur sagen, daß selbst die eingehendste Revision keinen besseren Beweis für die herrschende Korruption hätte erbringen können, als das gesetzwidrige, eigenmächtige Vorgehen Kokowzews zur Verteidigung der bestehenden Günstlingsherrschaft in der Verwaltung.

Balkan.

Zur Lage. Gegen Montenegro, das gegen den Willen der Großmächte den Generalsturm auf Skutari unternehmen will, soll jetzt auf Beschluß der Botschafterkonferenz eine Flottendemonstration unternommen werden. Das österreichisch-ungarische Geschwader hat bereits den Befehl zum Auslaufen erhalten. Zwei englische Kriegsschiffe sind nach Korfu abgegangen.

Der König der Hammeldiebe, Nikolaus von Montenegro, soll sich mit Rücktrittsgedanken tragen. Seine Stellung in Montenegro ist durch die Skutarifrage sehr erschüttert.

Die Friedensverhandlungen kommen nicht vom Fleck. Die Balkan-Verbündeten nehmen, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, die Linie Midia-Enos als Grundlage neuer Friedensverhandlungen an und verlangen die Abtretung aller Inseln. Sie halten fest an dem grundsätzlichen Zugeständnis einer Kriegsentschädigung, deren Höhe in einer Finanzkonferenz zu bestimmen sei. Sie verlangen die Übergabe aller westlich der Linie Midia-Enos stehenden türkischen Truppen. Mit dieser Forderung ist offenbar die Übergabe Skutaris gemeint. Wenn alle diese Bedingungen von der Pforte angenommen werden, sollen die Feindseligkeiten eingestellt werden.

Die Türken haben aber keine Lust, diese Bedingungen zu akzeptieren. Ihr Mut ist gestärkt worden durch einen Erfolg der Türken bei Tschataldscha. Wie verlautet, hat ein türkischer Ministerrat beschlossen, den Krieg fortzusetzen.

Afrika.

In Tripolis ist es in der letzten Zeit wiederholt zu ernsten Zusammenstößen zwischen den Italienern und den Eingeborenen gekommen. Der letzteren hat sich ein religiöser Wahn bemächtigt, der an Fanatismus grenzt. Auf beiden Seiten sind die Opfer nicht unerheblich. Das sind die „Annehmlichkeiten“ des Kolonialbesitzes.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 1. April.

Achtung, deutscher Bauarbeiterverband! Wegen Nichtzahlung des Tariflohnes für Hilfsarbeiter ist über die Firma Glogner (Bau Hochofenwerk) die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dortselbst in Arbeit treten.

Der Zweigvereinsvorstand.

Die Lübecker Bürgerschaft verabschiedete gestern abend das Staatsbudget für 1913. Zu Beginn der Sitzung kritisierte Genosse Stelling das eigenartige Verfahren der Leitung der Bürgerschaft, eine Art stenographischen Bericht über die geheime Sitzung vom 7. März in die Bürgerschaftsdrucksachen einzuschmuggeln, der zwar das Senatsdekret über die Schenkung Possehls und den Dank des Wortführers, nicht aber den Widerspruch der Sozialdemokraten enthält. Auf solche Weise bekommt die Sache, wenn sie in späteren Zeiten einmal wieder erörtert wird — und das bleibt nicht aus — ein ganz falsches Gesicht. Der Wortführer wußte von nichts und will sich erst informieren. Wer hat denn dieses „Stenogramm“ veranlaßt? Etwa der Senat?

Vom Genossen Löwigt wurde die Tatsache angenagelt, daß über die Neuregelung der Gas- und Elektrizitätspreise am Freitag gar keine Beratung eröffnet worden ist, so daß über diese wichtige Angelegenheit, über die weit auseinandergehende Meinungen bestanden und mancherlei Unklarheiten herrschten, nicht einmal eine Debatte stattfand. Dabei wußte man am Senatstische und bei der Mehrheit der Bürgerschaft nicht einmal, daß es in Lübeck zahlreiche Einwohner gibt, die nur Kochgas zum Preise von 12 Pfg. pro Kubikmeter bezogen, nur eine Gasuhr hatten und jetzt um 1 Pfg. pro Kubikmeter mehr belastet werden! Eine nachträgliche Erörterung der Gas- und Elektrizitätspreise ließ der Wortführer nicht zu.

Den breitesten Raum in der Beratung nahm die vom Senat beantragte Erhöhung des Wassergeldes um 25 Prozent ein. Diese außerordentlich unsoziale Maßnahme, welche schon jetzt von einer ganzen Reihe von Hauswirten als Vorwand zur Mietesteigerung benutzt wird, trifft in der Hauptsache die ärmeren, kinderreichen Familien, die von der Neuregelung der Gas- und Elektrizitätspreise keinerlei Nutzen haben. Genosse Hoff wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Wasserpreiserhöhung, ebenso der Genosse Löwigt, der das sonderbare Verlangen des Bürgerschaftmitgliedes Dr. Ihde, der Senat möchte der Bürgerschaft gegenüber festbleiben, wenn die Erhöhung des Wassergeldes abgelehnt würde, treffend charakterisierte. Von bürgerlicher Seite wandten sich die Herren Heinsohn, Neuner, Mantau, Aug. Pape und v. Schack gegen die Verteuerung des Wassergeldes, die schließlich in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 44 Stimmen beschlossen wurde.

Um das Budget zum Stimmen zu bringen, wurde auf die Einkommensteuer ein Zuschlag von 18 Prozent gelegt, der von allen Einkommen über 1200 Mark erhoben werden soll. Der vom Genossen Hoff begründete Antrag, erst bei Einkommen von mehr als 2000 Mk. einen Zuschlag von 20 Prozent zu erheben, so daß die Entrechteten von dem Steuerzuschlag befreit wären, fand keine Annahme bei der Mehrheit der Erstklassigen. Daraufhin wurde das ganze Budget für 1913 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Im Anschluß hieran fand noch ein scharfes Geplänkel zwischen Herrn A. Pape und dem Vorsitzenden der Theaterbehörde, Herrn Senator H. Evers, wegen der Nichterneuerung eines Pachtvertrages zwischen dem bisherigen Pächter des städtischen Saalbaues und der Theaterbehörde statt.

Den Schluß der Tagesordnung bildete die Beratung über den Antrag von Heinsohn betreffend die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen. Allseitig wird es als ein Uebelstand empfunden, daß die Bekanntmachungen der Behörden und Verwaltungen fast ausschließlich in einem Blatt mit sehr geringer Abnehmerzahl erscheinen, das noch dazu in ganz gehässiger Weise die Arbeiter und ihre politische Vertretung beschimpft. Genosse Hoff betonte das mit Nachdruck und verlangte Prüfung der Frage, ob es nicht möglich sei, die amtlichen Bekanntmachungen gegen eine mäßige Pauschale in allen hiesigen Tageszeitungen zu veröffentlichen, denn alle Bevölkerungskreise hätten ein gleiches Recht darauf, von den amtlichen Bekanntmachungen Kenntnis zu erhalten. Der wertlose Vorschlag der Bürgerausschußkommission, die amtlichen Bekanntmachungen auch in der kleinen Ausgabe der „Lübeckischen Anzeigen“ abzudrucken, fand die entschiedenste Abweisung bei dem sozialdemokratischen Redner und veranlaßte Herrn Aug. Pape zu der ironischen Bemerkung, daß dann kein Mensch mehr die große Ausgabe halten würde und ein solches Unheil, wie daraus entstehen würde, könnte die Bürgerschaft nicht verantworten. Das Amtsblatt, das der Moral mit doppeltem Boden bezichtigt wurde, fand auch bei den Erstklassigen keinen Verteidiger. Die Bürgerschaft beschloß, dem Senat die Sache zur Prüfung zu überweisen.

Man kann es begreifen, daß den „Lübeckischen Anzeigen“ diese Erörterung sehr unangenehm gewesen ist. Das Blatt macht seinem Unmut heute in folgender Weise Luft:

Die vollzählige äußerste Linke gab naturgemäß ihrem Unmut über unser energisches Eintreten für nationale Fragen Ausdruck und scheute sogar nicht vor einer — nun, sagen wir milde — Verdrehung zurück, indem sie behauptete, ein Blatt, dessen Redaktion „die Arbeiter und ihre Vertreter in gröbster Weise beschimpfe", könne nicht Amtsblatt sein. Sehr richtig! Nur möchten wir eine Stelle aus unserem Blatte hören, die das tut!! Das Schimpfen überlassen wir lieber dem Organe der Sozialdemokratie, das darin Meister ist, dem „Volksboten", der ja — zu unserer stillen Erheiterung — sich allzu häufig genötigt sieht, die Spalten seines Tagesberichtes mit Reproduktionen aus unserem Blatte zu füllen und sie mit mehr oder weniger (meistens mehr) geschmacklosen Schimpfereien zu umrahmen! Daß man aber den Bürgerschaftsmitgliedern zumutet, die Begriffe „Sozialdemokraten" und „Arbeiter" gleichzusetzen, wäre etwas stark, wenn nicht Klassenhaß und Parteifanatismus die Herren Genossen vollständig verblendet hätten. Wir haben und werden auch in Zukunft niemals die Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiter anerkennen und werden auch weiter fortfahren, sie im Interesse unseres Deutschtums und unserer deutschen Ideale zu bekämpfen.

Angesichts der Tatsache, daß wir fast täglich Beschimpfungen und Verleumdungen zurückweisen müssen, welche das Amtsblatt gegen Arbeiterführer und organisierte Arbeiter richtet, kann es doch nur lächerlich wirken, wenn sich die „Lübeckischen Anzeigen" nunmehr ihre Hände in Unschuld waschen möchten. Die Reproduktionen aus dem Amtsblatt, die wir nach dessen eigenem Bekenntnis häufig zu bringen genötigt sind, enthalten gerade die Anwürfe gegen die Sozialdemokratie, die wir so weiteren Leserkreisen zur Beurteilung vorlegen. Eigentlich sollten die Lübeckischen Anzeigen uns dafür dankbar sein, daß die breite Oeffentlichkeit doch wenigstens auf diese Weise gelegentlich etwas von ihrer Existenz erfährt. Wenn die Redaktion sich „still erheitert" über Reproduktionen aus ihrem eigenen Blatt, so ist das natürlich ihre Sache und soll wohl andeuten, daß ihre Beschimpfungen der Arbeiterpartei nur als Humoristika zu bewerten sind. Wir möchten diese zur Schau gestellte Erheiterung vergleichen mit dem Gebahren jenes Jungen, der, als er gezüchtigt wurde, krampfhaft lachte, um auf solche Weise das Heulen zu verbergen. Wir verlangen natürlich nicht, daß das Amtsblatt die Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiter anerkennt; dazu fehlt ihm die politische Einsicht. Aber wenn die „Lübeckischen Anzeigen" mit ihren „deutschen Idealen" und ihrem „Deutschtum" hausieren gehen, so dürfen wir wohl daran erinnern, daß es noch nicht lange her ist, als im Gerichtssaal ein angesehener Rechtsanwalt, der Mitglied der Bürgerschaft ist, ihren moralischen Tiefstand öffentlich kennzeichnete, ohne daß das Papier einen wenigen Abnehmern das inhaltlich mitzuteilen oder sich entschieden dagegen zu wehren wagte. Vielleicht war die „stille Erheiterung" daran Schuld. Diese Sorte ist besonders geeignet zur Vertretung des Deutschtums und deutscher Ideale!

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg im Februar 1913 äußert sich der „Verband Nordelbischer Arbeitsnachweise im Märzheft des „Reichsarbeitsblatte" folgendermaßen: Die Gesamtlage war in den einzelnen Orten zwar verschieden gestaltet, auch ist bei Beurteilung derselben zu unterscheiden zwischen Industrie und Gewerbe einerseits und Landwirtschaft andererseits, doch kann die Gestaltung des Arbeitsmarktes durchgehends in Anbetracht der Jahreszeit als nicht ungünstig bezeichnet werden. Für verschiedene Gruppen trifft dies allerdings nicht zu; andererseits ist für einzelne Berufe der Stand der Erwerbsmöglichkeit günstig gewesen. Für Holz- und Bauarbeiter war die Lage wohl allgemein am wenigsten befriedigend, doch berichtet beispielsweise Flensburg von einer, wenn auch noch nicht erheblichen Neigung zur Besserung. Die neuerdings überall zum Ausbruch gekommenen Streitigkeiten im Malergewerbe werden garzuleicht eine weitere Bedrückung nahestehender Gewerbe herbeiführen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Eisen- und Metallarbeiter ist gegenüber dem Vormonate gestiegen, doch ist Arbeitsgelegenheit für solche durchgehends in genügendem Umfang vorhanden. Dies gilt auch insbesondere von Kiel, wo namentlich Schlosser und Maschinenbauer zeitweilig, verschiedene Arten Spezialarbeiter dauernd gesucht wurden. Für ungelernte Arbeiter war es anscheinend in Hamburg am ungünstigsten, jedenfalls für Speicher- und Lagerhausarbeiter. Bei einem starken Andrang Arbeitsuchender hielt die Nachfrage ziemlich zurück. In den landwirtschaftlichen Betrieben machte sich eine Steigerung des Arbeitsbedarfs geltend. Wenn an einzelnen Stellen auch bereits ausländische Saisonarbeiter zur Einstellung gelangten, so blieb gegenüber dem Vorjahr anscheinend doch ein Mehrbedarf an inländischen Arbeitern bestehen. Die Nachfrage nach solchen konnte durchgehends alsbald gedeckt werden. Die Vermittlung für das Gastwirtsgewerbe in Flensburg zeitigte, wie in den Vormonaten, ein sehr gutes Ergebnis infolge lebhafter Nachfrage und genügenden Angebots.

Die Einwohnerzahl Lübecks nach der Eingemeindung. Nach der vom Statistischen Amt am 26. März im Eingemeindungsgebiet veranlaßten Volkszählung zählten die 13 Gemeinden, die heute der Stadt Lübeck einverleibt werden, 12 147 Einwohner, darunter 5893 weibliche, die sich auf die einzelnen Gemeinden wie folgt verteilen:

Gemeinden	26. März 1913	1. Dezember 1910
Travemünde	2472	2162
Gneversdorf	116	111
Kücknitz	2164	1385
Siems	641	567
Herrenwyk	65	77
Krempelsdorf	631	625
Vorwerk	708	757
Moisling	1381	1254
Genin	368	371
Israelsdorf	338	318
Gothmund	123	110
Schlutup	2695	2713
Heilanstalt Strecknitz	445	4
Insgesamt	12147	10454

Die Einwohnerzahl des vergrößerten Lübeck ist jetzt auf etwa 112600 zu beziffern.

Befreiung der Kriegsteilnehmer von der Einkommensteuer. Nachdem durch Nachtrag vom 26. März 1913 zum Gesetz vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, die Kriegsteilnehmer aus den Feldzügen bis einschließlich 1870/71, deren steuerpflichtiges Einkommen 1500 Mark nicht übersteigt, vom 1. April 1913 ab von der Einkommensteuer befreit worden sind, werden die Steuerpflichtigen, die auf diese Befreiung Anspruch haben, aufgefordert, sich bis zum 8. April dss. Js. im Steuerbureau, Zimmer Nr. 1, links, zu melden und ihre Militärpapiere vorzulegen.

Jugendliche Sektliebhaber und Brandstifter. Wie berichtet wird, hatte ein hiesiger Weinagent in der letzten Zeit vielfach Beschwerden seiner Kundschaft über den von einer Kölner Firma bezogenen Sekt erhalten. Die Flaschen waren meistens mit Wasser gefüllt. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß drei junge Leute des Weinagenten mit Freunden sich an dem Champagner gelabt und die Flaschen dann mit Wasser gefüllt haben. Annähernd 400 Flaschen waren geleert und da man befürchtete, daß die Sache an den Tag kommen könnte, wurde Feuer angelegt, um die Spuren zu verwischen. So wurden die Sektliebhaber zu Brandstiftern; sie sind jetzt gefänglich eingezogen worden, um sich demnächst vor dem Strafrichter zu verantworten.

Ein Fliegerpaar passierte gestern mittag hoch in den Lüften unsere Stadt. Es wird darüber berichtet: Die Fliegeroffiziere Canter und Böhmer von der Militärfliegertruppe in Döberitz haben gestern auf einem Taube-Eindeckerapparat die 595 Kilometer lange Strecke von Jüterbog—Berlin—Lübeck—Plön—Malente in 6 Stunden und 9 Minuten durchflogen. Da der Flug ohne Unterbrechung erfolgte, ist mit dieser Leistung der bestehende Weltrekord geschlagen worden. Die Flieger beabsichtigen heute die Rückreise anzutreten.

Von einem Straßenbahnwagen getötet wurde gestern mittag in der Beckergrube das 2½jährige Töchterchen des Kaufmannes Oldenburg. Die Kleine lief gegen einen in Bewegung befindlichen Straßenbahnwagen, wurde zu Boden geschleudert und geriet unter den Schienenräumer des Wagens. Das Kind erlitt einen schweren Schädelbruch und war alsbald tot.

pb. **Kleine polizeiliche Nachrichten.** Am Sonnabend, dem 29. dss. Mts. nachmittags in der Zeit von 2—3½ Uhr ist aus dem Vorgarten eines an der Wakenitzstraße wohnenden Gärtners ein kleiner Selbstfahrer, sogenannter fliegender Holländer, gestohlen worden. Als Täter kommen 2 Knaben im Alter von 6 und 9 Jahren in Frage. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Rosch, der in der Beckergrube ein Fahrrad gestohlen hat. — Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen sind hier im Dezember vorigen Jahres 2 jütländische Staatsanleihen à 2000 Kronen mit Coupons Nr. 6394 und 15457. Der erste Coupon ist am 11. 6. 1913 fällig. Ferner 2 Couponbögen der jütländischen Anleihen à 1000 Kronen N. B. N. 10866 und 16121.

Hamburg. Todessturz eines Fensterputzers. Der im Ramborgersweg wohnende Fensterputzer Bruns stürzte bei der Arbeit im Kontorhause „Ottoburg" Königstraße 21 bis 23, in den Lichthof und war sofort tot. Die Leiche des im Beruf ums Leben gekommenen Mannes kam in die Totenkammer des Hafenkrankenhauses.

Hamburg. Die Bürgerschaft hat den offenen Reaktionär Dr. Schön definitiv zum Präsidenten gewählt und damit zu erkennen gegeben, daß ihre Spitze deutlich den Charakter dieser ehrenwerten Körperschaft anzeigen soll. Der Sozialdemokratie wurde wiederum kein Sitz im Präsidium gewährt. Unsere Fraktion wird diese Auszeichnung zu schätzen wissen. Die Liberalen, die voriges Jahr einmal gegen den Stachel der Unrechtsmehrheit zu lecken wagten, sind durch die Strafe, die der „Block" dieserhalb über sie verhängte, indem er sie gleichfalls vom Präsidium ausschloß, wieder zu artigen Kindern geworden. Sie machten mit den roten Brüdern diesmal kein gemeinsames Spiel und erlebten dadurch die Freude, daß ihr Kandidat Hey Gnade vor den Augen der alten Fraktionen fand. Er darf sich nun in der neu errungenen Würde eines Schriftführers sonnen. Bei so bescheidenen Zerstreuungen verfloß die Zeit, zumal auch noch eine ganze Anzahl von Kommissions- und anderen Wahlen vorzunehmen war. In den Bügerausschuß wurde von unserer Fraktion wieder Genosse Stolten gewählt. Die 24 Nummern umfassende Tagesordnung wurde dann genau bis zur Hälfte erledigt. Debatten von erheblicher Bedeutung gab es nicht. Bemerkenswert sind nur die baulichen Mängel, die an dem neuen, noch gar nicht fertiggestellten Krankenhaus Barmbeck gerügt wurden, und das jedenfalls nicht einwandsfreie Verfahren bei der Besetzung von Gerichtsschreiberstellen im Landgericht. Bei der erstgenannten Sache griff Genosse Hoffmann, bei der letzteren Genosse Krause in die Beratung ein. In beiden Fällen wurden Ausschüsse eingesetzt, die den kritisierten Uebelständen näher auf den Grund gehen sollen. Zu verhältnismäßig früher Stunde war die Sitzung aus.

Flensburg. Ballonunglück auf der Ostsee. Im Alsenfund hat sich Sonnabend ein Ballonunglück ereignet. Zwischen Fünen und Alsen sahen Fischer einen Freiballon in der Nähe der Wasseroberfläche über das Meer treiben. Sie fuhren dem Ballon nach, verloren aber bald die Spur. Sonntag wurde am Alsenfund ein Ballon ohne Gondel angetrieben. Es hat den Anschein, als ob die Hängetaue der Gondel durchschnitten worden sind. Der Ballon, der keinen Namen trägt, führt die Nummer „1367". Anscheinend handelt es sich um einen ausländischen Ballon, da die deutschen Freiballons sämtlich Namen tragen. Ueber den Verbleib der Insassen hat bisher nichts festgestellt werden können; anscheinend sind sie ertrunken.

Ostseebad Grömitz. Die Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer hatte eine Lohnforderung eingereicht und es hatte den Anschein als wenn mit den Unternehmern eine Einigung erzielt werden würde. Plötzlich haben die Unternehmer aber die Verhandlung abgebrochen. Die Antwort der Arbeiter, auf dieses eigenartige Vorgehen der Unternehmer, war, daß heute alle in den Streik eingetreten sind. Zuzug von Bauhilfsarbeitern, Maurern und Zimmerern nach dem Ostseebad Grömitz ist streng fernzuhalten.

Burg a. F. Großfeuer. Des Hofbesitzers G. Maaß in Niendorf a. F. drei Gebäude, zwei Scheunen und eine Kate sind durch eine Feuersbrunst zerstört worden, wobei 12 Kühe, 1 Füllen und 4 Schweine verbrannten. Wegen Verdachts der Brandstiftung ist der Besitzer verhaftet worden. Seine Ehefrau wurde am Tage vorher wegen Milchverfälschung, versuchten Totschlages ihres Dienstmädchens und Beamtenbestechung zu 13 Monaten Gefängnis vom Schöffengericht zu Burg a. F. verurteilt und sogleich in Haft genommen.

Verden. Vom Zuge zermalmt. Sonnabend nachmittag überfuhr der Lloyd-Expreß bei dem Eisenbahnübergange bei Ottersberg ein Fuhrwerk aus Stapel bei Ottersberg. Der Wagen und die beiden Pferde wurden vollständig zermalmt, der Kutscher wurde in hohem Bogen vom Bock geschleudert und erlitt schwere Verletzungen.

Bremen. Frevelhafter Dummerjungenstreich. Als ein in der Groepelinger Vorstadt wohnender Bäckermeister Sonntag abend mit seinem Gespann die Fargerstraße passierte, war über die Straße in etwa ¾ Meter Höhe ein etwa fünf Millimeter starker Eisendraht gespannt. Der Draht wurde rechtzeitig bemerkt, sodaß einem Unglück vorgebeugt werden konnte. Nach den angestellten Ermittlungen hatten mehrere etwa 16jährige Burschen vorher auf der Straße mit dem Draht gespielt.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. bis 29. März 1913.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

18. März. Hotelier A. G. J. Pederzani. 19. Bäcker M. F. Schabbel. Kunstgärtner R. Gaspary. 20. Gärtner E. H. L. Mess (Krempelsdorf). 22. Klempner H. H. von Döhren. 23. Tabakarbeiter F. J. H. Bollmann. Maler W. H. J. Möller. 24. Arbeiter H. F. J. Bloess (Gothmund). Eisenbahnassistent P. E. Hellwig. Kaufmann F. A. J. L. Schliesper. 25. Kutscher H. J. Ch. Hussfeldt. Schlosser K. F. L. M. Schulz. Gelbgießer H. F. Ch. Lender. Schiffsbauer H. E. Groß. Güterbodenarbeiter F. M. A. Jaacks. 26. Kellner E. A. H. Reiher. Nieter F. F. H. Dierck. Tischler O. F. Zimmer. 27. Obergärtner O. A. Th. Sander. Zimmerer A. H. Böttcher. Arbeiter J. J. H. Bahr. 29. Arbeiter J. J. A. Burmeister.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

15. März. Arbeiter G. C. H. Garber. 20. Bankdiener H. F. Lembrecht. Expedient F. H. K. Brockmüller. 21. Arbeiter K. L. H. Sohst. 22. Schlosser P. G. H. Behrens. Arbeiter C. J. H. Ascheberg (Wesloe.) Arbeiter W. H. J. Bark. 23. Maler und Zeichenlehrer A. H. Völker. Arbeiter H. H. H. Burmester. Arbeiter H. J. F. Lege. 24. Arbeiter F. W. J. H. Kaehler (Krempelsdorf). Kaufmann K. E. J. Schmalfeld. Musiker F. J. K. P. Rothländer. 26. Arbeiter H. J. F. Ohlsen. Maler C. J. H. Ch. W. Hamer. 28. Schlosser H. H. P. Runge. 29. Kutscher A. C. L. Stiegemann.

Angeordnete Aufgebote.

25. März. Arbeiter F. Behrens und die geschiedene L. M. M. Wedemann geborene Hansson. Expedient Ch. K. H. Rietig und M. L. M. Hass. Arbeiter F. Ch. J. Eulert und A. Ch. Balzun. Gerichtsdiätar P. F. W. Lembke und E. S. L. K. L. Jenssen in Güstrow. Schiffsoffizier H. Basse an Bord des Hamburger Dampfers „Corrientes" und E. A. M. K. Freyholz. Kaufmann F. W. Claßen in Hamburg und E. D. Ch. Langhof. Ingenieur J. Karg in Danzig-Langfuhr und M. F. Nehls. Kaufmann F. F. Schröder in Kiel und F. E. M. W. K. Ihlenfeld in Lüdersdorf. Landmann K. W. H. Grünwoldt in Sandkrug und E. K. M. M. Schumacher in Geesthacht. 26. Maschinist H. F. W. Burmann und B. D. Stooß in Ratekau. Kranführer W. D. von Velde in Hamburg und M. B. J. Becker. Kaufmann H. A. A. Hansen in Hamburg und die geschiedene J. A. K. Friedrich geb. Neumann. Arbeiter J. F. F. M. Schaper und A. K. E. Ollrogge. Kutscher H. A. A. Groth und A. M. Seidenfad. Schmiedegeselle H. J. J. W. Kähler und F. Ch. J. Lau. Flußschiffer E. H. Hamm und D. Breiholz. Werkmeister E. W. Kunzmann und J. K. D. Wirthel. 27. Zimmergeselle A. L. F. H. F. F. Ch. J. Schmedemann und Witwe A. M. Groth geb. Scheel. Schlossergeselle G. A. B. Peters und A. M. D. Fischer. Schlossergeselle F. F. Szodrzynski und D. M. M. Barkmann. Kaufmann K. P. E. Kunze in Herrenwyk und A. E. M. Westphal. Gefreiter im Infanterie-Reg. Lübeck (3. Hans.) Nr. 162 H. G. K. O. Schultz und A. M. Gruel. Klempnermeister F. H. H. Hartz und E. D. Höft in Niendorf a. d. O. Schriftsetzer L. W. A. Reimers in Hamburg und F. B. M. Licht in Putlitz. Automobilvermieter P. E. J. Hoffmann in Güstrow und E. F. M. Ahrens in Schwaan. 29. Arbeiter K. J. H. Schumacher in Amtsbauhof bei Gadebusch und A. W. D. M. Schwartz in Neuendorf. Postbote H. F. Möding und M. M. H. Böttcher. Klempnergeselle H. Ch. A. J. Jacobsen und A. M. Ritter in Malente. Bäckergeselle E. A. Steffner und E. E. D. Walter. Zigarrenmacher R. O. Schmidt und A. K. K. A. Wulff. Fensterreiniger L. K. Fick und F. H. D. Puls. Arbeiter W. J. H. Schroeder und A. B. K. Lindner. 29. Feuerwehrmann J. J. H. Raath und M. A. K. Dalchow. Arbeiter Ch. A. H. Werner gen. Kelling und Witwe M. K. D. Kähler geb. Schildt. Prediger K. Grimm in Kiel und J. Schröder. Ingenieur H. A. A. Conschack in Altona und K. E. Kl. M. Michaelsen.

Eheschließungen.

25. März. Buchhalter E. E. B. Maas in Kiel und E. J. M. K. Rüss. Kaufmann K. E. Kontro in Helsingfors und L. A. M. M. Ziegler. Tiefbautechniker R. M. E. Krüger in Cossebaude und E. S. H. Krogmann. Kaufmann R. Ballmann und E. (J.) Petrofsky. Arbeiter K. L. G. Feill und Witwe J. M. K. Köstenberger geb. Ohrt. Dekorationsmaler P. Tech und E. M. M. Steffen. Tischler K. F. H. Tiedemann in Pansdorf und E. M. A. Jemba. Metallschleifer G. H. F. Lütkemeier in Hamburg-Winterhude und A. D. A. Fischer. 26. Versicherungsbeamter Th. H. Schmolke und M. M. E. Imdicke. 27. Apotheker A. L. Causé in Rosche und J. D. S. H. Petersen. 28. Lehrer G. H. A. Meyer in Ekensund und M. E. E. Chr. S. Schrey. Seemaschinist M. Labrenz und E. A. M. Frank. Kaufmann H. Kl. Wessel in Marne und M. Witt. Dom-Organist H. P. Ley und die geschiedene V. L. H. von der Hellen geb. Bacmeister. 29. Stellmacher F. K. H. Siems in Ruthen und E. A. M. Köhn. Viehhändler J. K. F. Lukow und J. M. Chr. Maass. Maurergeselle K. J. H. Schrader und F. H. Heine. Maurergeselle A. Lissack und J. M. A. Wulf. Malergehilfe J. H. G. Evers und W. M. J. Reyer. Kaufmann H. J. W. Koehn-Hevernick und M. M. M. Ehrich. Arbeiter H. C. Chr. Burmester und geschiedene J. S. M. A. Stapelfeldt geb. Luchtmann. Arbeiter H. K. R. Pohl und B. W. Chr. Kost. Matrose H. H. F. Steffen in Kiel und J. M. M. Batzer. Hauptmann und Kompagnie-Chef J. D. H. von Cossel in Altona und K. H. R. Steinführer in Neubrandenburg.

Sterbefälle.

22. März. Ein totgeborener Knabe, V.: Arbeiter D. H. Rang. Maler H. A. G. Evers, 22 J. 23. A. H. F. Kies, 1 Mt. H. Bollmann, 5 Stunden. J. M. C. geb. Rath, Witwe des Flachsbinders H. F. Holst, 91 J. Früherer Arbeitsmann J. F. A. Berg, 80 J. 24. F. L. M. Zimmer, 4 J. Privatmann J. H. Schäfer, 81 J. 25. Ein totgeb. Knabe, V.: Schmied A. C. L. Kanter. Schneiderin M. J. W. Sievert, 52 J. M. D. Chr. geb. Laatz, Witwe des Schiffszimmermanns S. A. W. Evers, 69 J. 26. G. F. Anderson, 1 Mt. A. D. J. Brandt, 68 J. 27. F. M. J. geb. Steinbeck, Witwe des Briefträgers H. C. Chr. Schulz, 82 J. Buchhalter E. L. H. Schmidt, 58 J. Geldzähler bei der Reichsbank W. F. Wahren, 65 J. M. W. C. Strentz, 61 J. J. Huhn, 60 J. 28. Ein totgeb. Knabe, V.: Schiffskoch H. C. C. Behrens. F. W. Danckert, 4 Mt. J. C. Prill, 1 J. 29. F. K. B. A. Reincke, 10 J. M. D. C. geb. Stolle, Ehefrau des Privatmannes F. A. H. Linde, 73 J.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gediegene, elegante

Herren- und Knaben-Kleidung

von hervorragend gutem Sitz und in geschmackvoller Ausstattung.

Alle nur beachtenswerten Neuheiten der Saison, alle Preislagen, alle tonangebenden Formen sind in ausserordentlich reichhaltiger Auswahl am Lager vorrätig. :: :: ::

Herren-Paletots	18⁰⁰	bis	58⁰⁰
Herren-Ulster	19⁰⁰	bis	55⁰⁰
Jackett-Anzüge	15⁰⁰	bis	62⁰⁰
Herren-Hosen	2⁷⁵	bis	18⁰⁰

Jünglings-Anzüge — Ulster — Schul-Anzüge — Knaben-Anzüge — Pyjacks — Matrosenanzüge — Knaben-Hosen.

Unsere Spezialität:
Tadellos sitzende Kleidung in reichhaltiger Auswahl, auch für korpulente sowie grosse schlanke Herren.

Spille & v. Lühmann

Grösstes Spezialhaus am Platze.

Lübeck, Sandstr. 2772 **Eutin,** Königstr.

Teile hiermit allen Bekannten und Gönnern mit, daß ich das

Kolonialwaren- und Flaschenbier-Geschäft
Ellerbrook 25

unverändert weiterführe und bitte mein junges Unternehmen bestens zu unterstützen. (2752

H. Mahncke, Ellerbrook 25.

Eutin.

Große öffentliche

Volksversammlung

am Donnerstag, 3. April,
abends 8½ Uhr
im Lokale des Hrn. W. Knickrehm, Markt.

Tages-Ordnung:

1. **Die Aufgaben der deutschen Genossenschaftsbewegung unter besonderer Berücksichtigung d. Volksfürsorge**
   Referent: Herr Verbandssekretär **F. Vieth, Hamburg.**
2. **Freie Aussprache.** (2643

Die Volksfürsorge ist ein von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründetes Unternehmen von großer Bedeutung, das sich schon allseitiger Beachtung von Freund und Feind erfreut. Besonders die arbeitende Bevölkerung hat ein Interesse daran, hierüber Näheres zu erfahren.

Wir rechnen deshalb nicht nur auf das Erscheinen sämtlicher Mitglieder des Konsumvereins, sondern auch auf weitere Kreise der Bevölkerung Eutins und Umgegend.

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend.

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum, Freunden, Gönnern und Bekannten hiermit zur Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das Restaurant

„Neu-Lauerhof“

in Vertretung übernommen habe. (2770

Indem ich gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung zusichere, zeichne Hochachtungsvoll

August Busch, Vertreter.

In allen Verkaufsstellen

Pimp-Pimp-Pimp-
Käse.
Hansa Meierei

(2754

Zum Wiederbeginn der Schulzeit

empfehlen

Schulbücher = Atlanten

sowie

Schreibhefte
:: in allen Liniaturen ::

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 46.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum, Bekannten und Gönnern hiermit zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das von Frau **E. Fisahn** bisher geführte

Delikateß-, Fett- und Kolonialwaren-Geschäft
Beckergrube 70

käuflich übernommen habe.

Stets tadellose, frische Waren, sowie aufmerksamste Bedienung zusichernd, bitte ich um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll

2729) **Heinrich Matern, Beckergrube 70.**

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 2. April
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52, groß. Saal.

Tagesordnung:

1. **Der Stand unserer Lohnbewegung.**
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

2763) Der Zweigvereinsvorstand.

Biophon

Nur bis einschliesslich Donnerstag
das größte Sensationsstück, welches je gezeigt wurde:

Der schwarze Pierrot.

Ein Lebenskampf zwischen Volk und Trust in 3 Akten.

Aus Eifersucht.

Spannendes Sittendrama in 2 Akten, sowie das **Riesenprogramm.**

Vorführung nur im Biophon-Theater. 2774

Chor-Verein Lübeck.

General-Versammlung

am Mittwoch, d. 9. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“.
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
2. Abrechnung vom Maskenball.
3. Bericht von der Gaukonferenz.
4. Ausflug.
5. Verschiedenes.

2771) **Der Vorstand.**

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 2. April 1913
abends 8 Uhr
in der Stadthalle:

27. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Zum Besten der Unterstützungskasse des Vereins der Musikfreunde.
Richard-Wagner- und Johann-Strauß-Abend.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Waldweben aus Siegfried u. Glocken und Graalszene aus Parsifal von R. Wagner.
Streifzug durch die Operetten von Joh. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. (2738

Neues Stadttheater.

Mittwoch, den 2. April 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Außer Abonnement. Mittelpreise.

Der Frauenfresser.

Operette von Edmund Eysler.

Donnerstag, den 3. April 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
164. Vrst. i. V.-A. 27. Vrst. i. Donnerst.-A.

Agnes Bernauer.

Ein deutsches Trauerspiel v. F. Hebbel
Schauspielpreise. (2767

Freitag, den 4. April 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
165. Vrst. i. Voll-A. 27. V. i. Freitag-Ab.

Der Schmuck der Madonna.

Große Oper von Wolf-Ferrari.
Opernpreise.

In Vorbereitung: **Die verkaufte Braut.** Kom. Oper von Smetana.

Konzerthaus Jünshausen.
Mittwoch: Große Ballmusik. W. Nc.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 75. Dienstag, den 1. April 1913. 20. Jahrg.

116 000 Kinder weniger, 42 000 Pferde mehr!

Vom Volke werden milliardenweise Gelder für die Vergrößerung des sogenannten Friedens-Schutzes abgefordert, trotzdem es schutzlos dem Lebensmittelwucher preisgegeben ist!

Nach der amtlichen Statistik wurde 1908 an 137 247 Pferden und anderen Einhufern in Deutschland die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen. Im Jahre 1912 wurden 178 961 Pferde geschlachtet! Das sind genau 41 714 Pferde mehr!

Ochsen und Bullen wurden 1908 583 222 und 477 830 bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau gezählt, 1912 dagegen nur 523 149 und 421 772 Stück. Das sind 116 131 Ochsen und Bullen weniger!

An Jungrindern sind 1912 84 985 weniger Stück geschlachtet worden. An unter drei Monate alten Kälbern sind es 398 011 weniger!

Auch die Schlachtziffer der Schafe und Ziegen hat abgenommen, nur die Zahl der geschlachteten Kühe und Schweine ist etwas gestiegen. Wird hier unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses der Schweinefleischverbrauch pro Kopf berechnet, dann ergibt sich auch hier ein Rückgang.

Und wie steht es mit den Preisen? Wir stellen nachfolgend die Kleinverkaufspreise von Fleisch und Milch für eine Reihe Städte aus den Jahren 1909 und 1912 zusammen.

Stadt	Rindfleisch		Schweinefleisch		Kalbfleisch		Milch 1 Liter	
	ein Kilogramm in Pfg.						in Pfg.	
	1909	1912	1909	1912	1909	1912	1909	1912
Königsberg . .	136	166	146	152	138	159	15	17
Breslau . . .	175	183	159	172	174	194	17	19
Berlin	161	186	153	159	186	201	20	23
Dresden . . .	161	188	150	160	183	215	20	22
Magdeburg . .	178	201	168	177	192	225	20	22
Kiel	146	180	148	151	190	199	18	20
Altona	168	192	154	159	212	237	22	23
Hannover . . .	152	190	143	156	170	207	18	20
Kassel	158	177	168	168	148	187	21	22
Frankfurt a. M.	162	190	189	188	172	195	22	24
Mannheim . .	144	181	173	183	179	196	22	24
Straßburg i. E.	144	173	187	183	186	211	—	24
München . . .	163	185	176	183	154	180	21	22

Die kleinen Verkaufspreise zeigen ganz allgemein, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ein wahnsinniges Ansteigen. Es ist klar, bei solchem Anwachsen der Preise muß am Essen gespart werden, die Folge ist weiterer Rückgang des Fleischverbrauches. Im Gefolge erscheint all das Elend, das jedem Menschen heute alle Tage tausendfach in die Augen springt. Nur da oben, wo über uns regiert wird, ohne daß man uns fragt, da sieht niemand etwas, oder richtiger, keine der verantwortlichen Stellen will etwas sehen.

Hier kann nur Selbsthilfe, hier wird nur die Tat etwas nützen. Aber in der Hauptsache gilt es immer wieder, den Letzten lebendig machen!

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 31. März 1913.

Voranschlag für die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck und Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1913.

Vierter Tag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Wortführer, daß nach Beendigung der Budgetberatung der zuständige Senatskommissar gewillt sei, auf die erwähnte Theaterfrage einzugehen.

Aug. Pape hätte lieber gesehen, wenn von dieser Absicht vorher Mitteilung gemacht worden wäre.

Stelling erwähnt das Protokoll, welches über die Geheimsitzung am 7. März erschienen ist, und in dem auch der Dank des Wortführers für das Possehlsche Geschenk enthalten sei. Es habe den Anschein eines amtlichen stenographischen Protokolls. In einem solchen hätte man aber auch den Widerspruch der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder gegen die Schenkung aufnehmen müssen.

Dr. Görtz erklärt dies für einen Fehler des Bureaus. Daß er den Dank dem Geber der Versammlung unter deren Beifall abgestattet habe, entspreche den Tatsachen. Er werde darauf zurückkommen. ö

Stelling: Ich mache darauf aufmerksam, daß dieses Schriftstück die laufende Nummer der stenographischen Protokolle aufweist. Wenn es ein solches sein soll, muß darin unbedingt verzeichnet stehen, daß wir Widerspruch erhoben haben.

Dr. Görtz: Ich kann im Augenblick den stenographischen Bericht nicht übersehen. Diese Berichte tragen keinen amtlichen Charakter. Ich werde in der nächsten Sitzung eine Erklärung geben.

Die Deckungsfrage.

Der Senat beantragt die Preise für Gasmesser wie folgt zu stellen:

3flammige	Gasmesser	3,60	Mk.
5 „	„	5,40	„
10 „	„	7,70	„
20 „	„	9,—	„
30 „	„	12,60	„
40 „	„	16,20	„
50 „	„	19,80	„
60 „	„	23,40	„
100 „	„	36,—	„
150 „	„	54,—	„
200 „	„	72,—	„

Löwigt: Von uns ist am Freitag Widerspruch gegen die Verabschiedung dieses Antrages erhoben worden, weil eine Beratung über die Neuregelung der Gas- und Elektrizitätspreise überhaupt nicht stattgefunden hat. Ich muß mich wundern, daß die Bürgerschaft so rasch mit dem Urteil fertig war, nachdem früher so lange Auseinandersetzungen darüber gepflogen wurden, ob der Preis 12½ oder 13 Pfg. betragen soll. Wir sind der Ansicht, daß es völlig falsch ist, den Gaspreis auf 13 Pfg. festzusetzen und haben deshalb gegen den Senatsantrag gestimmt, weil wir darin eine Verteurung des Gaspreises für die kleineren Abnehmer sehen, die bisher 12 Pfg. bezahlt haben.

Dr. Görtz: Diese Ausführungen sind heute abgetan, sie hätten bei der Spezialdebatte stattfinden sollen. Es bleibt Ihnen ja unbenommen, später Anträge auf Ermäßigung zu stellen.

Löwigt spricht nochmals sein lebhaftes Befremden aus, daß eine Beratung dieses wichtigen Antrages nicht erfolgt ist.

Die beantragte Gasmessermiete wird beschlossen.

Zum Antrag über die Erhöhung des Wassergeldes erklärt es

Heinsohn für eine Unsitte, daß der Hauswirt das Wassergeld für den Mieter bezahlen müsse. Dadurch werde ein Teil der Steuerzahler, die Hausbesitzer, die zum großen Teil ungünstig gestellt seien, ungerecht belastet. Redner wendet sich gegen die Erhöhung und Erhebung des Wassergeldes in dieser Weise.

Neuner hält diese Steuer für eine indirekte. Das Wassergeld müßte von den Mietern erhoben werden. Das sei früher geschehen, ebenso das Schornsteinfegergeld habe der Mieter selbst bezahlen müssen. Redner stellt einen Antrag gegen die Erhöhung des Wassergeldes und wünscht Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer auf 20 Prozent. Dadurch blieben etwa 20 000 Mk. ungedeckt. Um dieses auszugleichen, beantrage er, daß Unverheiratete, die ein Einkommen von über 2000 Mk. haben und keine Familienangehörigen unterstützen müssen, gleichviel welchen Geschlechts, 5 Prozent weiteren Zuschlag bezahlen sollen.

Senator Eschenburg: Die Vermieter können durch Erhöhung der Miete die Last des Wassergeldes wieder abwälzen. Die Erhöhung des Wassergeldes ist die Bedingung des Senats für die Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise.

Hoff: Ich bitte die Wassergelderhöhung abzulehnen. Wenn man die Abrechnung der Wasserkunst in Betracht zieht, die einen Ueberschuß von 150 000 Mk. aufweist, liegt kein Grund vor, die Preise zu erhöhen. Die Hauswirte wissen sich im übrigen schon zu helfen. Obwohl die Erhöhung noch nicht Gesetz, haben sie vielfach die Miete schon erheblich gesteigert, weit höher als das Wassergeld ausmacht; um 40 und 60 Mk. wurden einzelne Mieter schon gesteigert mit der Begründung, daß größere Abgaben bevorstehen. Auch andere haben die Miete um 10 Mk. gesteigert, obgleich das Wassergeld nur 3 Mk. mehr beträgt. Die Vermieter verstehen schon darauf hinzuarbeiten, daß bei solchen Dingen noch ein Verdienst für sie herausgeschlagen wird. Es ist bedenklich, eine solche Steuer auf einen Teil der Einwohner abzuwälzen; zu billigen ist sie auf keine Weise. Ich bitte, dem Senatsantrage nicht stattzugeben. Der Senat muß sich fügen. Dann muß eben die Einkommensteuer erhöht werden, aber nicht auf dem Wege, den Neuner will. Wenn wir dies tun würden, die Junggesellen extra zu belasten, kämen wir zu einer besonderen Steuer, die sich in der Konsequenz auch auf die Familienväter mit und ohne Kinder übertragen müßte. Diesem Antrage können wir nicht zustimmen. Wird trotzdem der Antrag auf 25prozentige Erhöhung des Wassergeldes angenommen, dann stellen wir den Antrag, die Einkommen bis zu 2000 Mk. vom Zuschlag zu befreien und bei 2000 Mk. 20 Prozent zu erheben. Wir richten uns doch sonst nach Preußen. Gerade in Preußen werden die niedrigen Einkommen mehr geschont als in Lübeck. Sie müssen schon aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit die kleinen Einkommen schonen, weil diese Leute von der Bürgerschaft minderen Rechts gemacht worden sind, indem ihnen das Wahlrecht in ungerechtfertigter Weise beschnitten ist. (Beifall bei den Soz.)

Senator Eschenburg glaubt, daß wir trotz der Erhöhung des Wassergeldes später zu einer stärkeren Heranziehung des Einkommens gelangen werden. Die neuen Reichsabgaben wiesen darauf hin.

Schwabroch: Der große Verdienst der Wasserkunst kommt heraus, weil die Anlagen und Verzinsung des Kapitals nur gering veranschlagt sind. Würden diese Beträge richtig eingestellt, wäre von Gewinn kaum zu reden und das Wassergeld müßte noch wesentlich höher werden. Die Erhöhung der Einkommensteuer ist freilich der bequemste Weg, doch damit sind wir schon so weit gekommen, daß wir hier in Lübeck bereits die höchsten Steuern in dieser Beziehung bezahlen. Kieler Verhältnisse dürfen wir nicht in Vergleich stellen. Solange Hamburg die Steuersätze niedriger hält, dürfen wir nicht schärfer vorgehen, um so weniger, als wir auch die Gewerbesteuer haben.

Mantau ist durch die Erklärung des Senats aufs höchste überrascht. Dadurch sei die Erhöhung des Wasserpreises noch viel unsozialer, als es bisher geschienen habe. (Zuruf: Sehr richtig!) Der Senat erkläre, die Erhöhung der Einkommensteuer müsse für andere Zwecke reserviert werden. Das sollte man eher so machen mit der Erhöhung des Wassergeldes.

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(6. Fortsetzung.)

Aber es gingen Jahre hin, wo ich entfernt war, nichts hörte und nichts sah und an keine Liebelei dachte, fiel Gustav ein.

Du bliebst bei alledem unvergessen, erwiderte die Dame. Du erhieltest Grüße wenigstens durch mich, und ich bestellte Grüße, wenn Deine Briefe sie auch nicht aussprachen. Glaube mir, ein Mädchen, dem man auch nur lachend sagt: Der soll einmal Dein Mann werden! wird damit von einem magischen Bande umwunden, das sie zwingt, ihren Empfindungen eine gewisse Richtung zu geben. So ist es auch Stephanien gegangen; sie ist daran gewöhnt worden, an Dich mit dem Gefühl zu denken: Der ist es!

Armes Mädchen! murmelte der Doktor leise in seine Hand.

Dann aber auch die Mutter, fuhr die Geheimrätin fort. Sie ist meine aufrichtige Freundin; doch im Grunde ihres Herzens hochmütig, wie die ganze Familie. Daß einer ihrer Vorfahren, ich weiß nicht welcher, zur Zeit des alten Fritz, oder noch früher, Minister gewesen ist, liegt ihr wie ein Alp auf dem Verstand. Indes die Zeiten haben sich geändert; die alten Familiennamen tun es nicht länger. Grießfelds Vermögen ist nicht allzu bedeutend, und ihre Verwandten haben meist nicht viel mehr, als ihre Degen. Der Ministerialdirektor ist übrigens ein durchaus ehrenwerter Mann, obwohl ein eingefleischter Bureaukrat, der zehnmal mehr auf seine Mitgliedschaft im Staatsrat gibt, als auf alle Geburtsaristokratie.

Aber Stephanie, Mama, sagte Gustav sie unterbrechend, ist Stephaniens Herz denn mein?

Das ist eine Welt, erwiderte die Geheimrätin, die Du selbst entdecken und erobern mußt, mein Sohn, und ich wundere mich —

Daß ich Dich darüber frage, rief der junge Mann erregt. Ja freilich, das ist zu verwundern, aber ich weiß nicht, was ich glauben soll. — Stephanie ist freundlich, dabei jedoch schüchtern, zurückhaltend, ängstlich. Je mehr ich mich bemühe, mich ihr zu nähern, um so stärker sehe ich sie erschrecken. Wie kann ich glauben, Mama, daß ich geliebt bin!

Du armes Kind! lachte die Geheimrätin, indem sie mit dem überlegenen Gefühl der Lebenserfahrung und mit der kindlichen Freude, einen so unwissenden Schüler in Amors großem Reiche vor sich zu haben, ihm das Haar von der Stirn strich, ich sehe in allen diesen Zeichen nur Glück, wo Du Unglück siehst. Glaubst Du denn, ein Mädchen könnte ihren Bestimmten anblicken, ohne eine gewisse Schüchternheit, ein Erröten, ein Verstummen, ein Zittern zu empfinden? Mein Freund, das sind die Kennzeichen geheimer Herzensregungen, es ist die flüsternde Stimme der Gedankentätigkeit, welche einen Strom dunkler Ahnungen gegen die Mauer eines unbekannten Jenseit schleudert, das jedes Mädchen sich in ihren Träumen ausmalt.

O! Mama, rief der junge Mann, Du magst nur zu sehr Recht haben, daß es so ist, wenn ein Mädchen den Bestimmten erwartet, aber anders ist es, wenn sie den Geliebten empfängt. — Blitzen da nicht ihre Augen, ist der Geliebte es nicht, der eine Welt voll Seligkeit und Glück ihr öffnet, und bringt dies Glück nicht ein neues Leben über sie, das keine Sprache schildern kann, das aber so verständlich ist, wie keine!?

Sieh da, Du bist plötzlich ein Poet geworden, fiel die Dame belustigt ein, als hättest Du einmal dies seelenvolle Liebesglück gekostet. — Eine Studentenliebe hat der junge Herr angefangen, gestehe es ein. Ein hübsches Professortöchterchen, oder eine abenteuerliche, verlassene Schöne; wer war sie, die Dein Herz zuerst in Flammen setzte?

Eine dunkle Röte überzog Gustavs Gesicht. Liebe Mutter, sagte er mit gezwungenem Lachen, ich würde Dir ein Bekenntnis ablegen, wenn ich eins zu machen hätte, allein, was ich aussprach, waren Vorstellungen, die Du vielleicht mit Recht verspottest.

O! ich will Dich nicht verspotten, erwiderte die Geheimrätin, ich will Dich nur von Schwärmereien abhalten. Liebe, mein Freund, ist das unendliche Thema des Lebens, das von jedem Menschen komponiert wird, je nachdem er es begreift. Für den einen ist es ein Schwindel des Herzens, für den andern eine Aufgabe des Verstandes. Du gehörst nicht zu denen, die eine Leidenschaft daraus machen, welche zur Raserei werden kann; Du wirst, wie ich Dich zu kennen glaube, Dein Herz so wenig wie Deine Hand, das heißt Deine irdische Zukunft, leichtsinnig an das erste beste hübsche Gesicht oder an ein paar strahlende Augen verschleudern, sondern bedenken, daß es deren viele auf Erden gibt. Die Narrheit der Liebe besteht eben darin, daß der Verliebte glaubt, es gibt nur eine, die ihn beglücken kann, und deren Besitz er erringen muß, möge das Weltall darüber in Trümmer gehen. — Nimm aber mein eigenes Beispiel. Ich habe Deinen Vater geheiratet mit achtzehn Jahren, weil meine Mutter sagte, es sei eine gute passende Partie. Dein Vater war gerade noch einmal so alt wie ich, schön hat man ihn nie genannt, ebensowenig war er besonders geistreich; allein wir haben eine glückliche Ehe geführt; ich habe ihn schätzen und lieben gelernt und mich nie wieder verheiratet, wie manche Anträge mir auch gemacht wurden.

Du rätst mir Dein Beispiel an, sagte Gustav, allein der Fall ist nicht gleich. Du sagtest: ja, als mein Vater kam, und ließest Dich nicht zwingen, allein Stephanie —

Sie wird auch ja sagen und nicht dazu gezwungen werden, Du sonderbarer Mensch, lachte die Mutter. — Wer flüstert Dir diese Zweifel ins Ohr? Deine Mutlosigkeit. Wage einen herzhaften Angriff, erkläre Dich, stürme die Festung, und sie wird sich Dir auf Gnade und Ungnade ergeben. — Du bist wie Romeo: ein Narr des Glücks! doch in ganz anderer Bedeutung. Du willst Gewißheit haben, die Dir fehlt, und hast doch den Mut nicht, sie Dir zu verschaffen. Auf denn, Herr Zweifler! Heut noch findet sich die Gelegenheit, nimm sie wahr, und wir feiern in den nächsten Tagen Deine Verlobung.

Schweigen wir aber jetzt davon, fuhr die Geheimrätin fort, als ihr Sohn mit einem leisen Kopfschütteln antwortete, ich höre unsern ehrenwerten Freund und Hausgenossen umher spazieren, was das sichere Zeichen ist, daß er in einigen Minuten hier erscheinen wird, um mir seine Verehrung zu bezeigen.

Ich begreife nicht, erwiderte Gustav, wie Du mit dem unerträglichen alten Menschen Dich einlassen kannst.

Siehst Du, so verschieden ist der Geschmack, erwiderte die Mutter. Ich plaudere und ergötze mich mit ihm, höre tausend unnütze Klatschgeschichten, aber auch manches Nützliche, denn in seiner Art hat er auch Verstand, und sein ungeschlachtes Wesen ist possierlich. Endlich zahlt er pünktlich seine Miete, belästigt mich nicht trotz aller seiner Schrullen und zeigt mir höchstens alle Tage durch ein Gepolter an, daß er mir die Ehre seines Besuches verschaffen will. — Es wird mir leid tun, wenn er auszieht, allein Du mußt mit Deiner jungen Frau hier wohnen. Sei freundlich zu ihm, Gustav, umsomehr, da er uns eigentlich einen schlimmen Streich spielen kann, denn wenn er will, hat er nicht nötig, seine Wohnung zu verlassen. In einem Anfall von Unbesonnenheit habe ich sie ihm kontraktlich auf Lebenszeit zugesichert.

Im schlimmsten Fall mag er wohnen bleiben, murmelte der junge Mann vor sich hin.

Das soll er gewiß nicht, erwiderte die Geheimrätin. Geizig und immer ärgerlich auf Steuern und Abgaben wollte er das Stempelpapier nicht bei den Kontraktserneuerungen bezahlen und schlug mir darum vor, einen auf Lebenszeit zu machen. Er wird sich jedoch fügen, wenn wir ihn nicht erzürnen, sei darum so höflich wie möglich.

Ich habe gar nichts mit ihm zu tun, sagte der Doktor, und verlange einzig nur, daß er mich nicht belästigt.

Bei diesen Worten klopfte es an die Tür, und herein trat der Mieter des oberen Stockwerks. Es war ein alter, ziemlich

Die Erhöhung der Stempelabgaben hätten wir längst durchführen können, dann müßte uns das Reich mehr Entschädigung bieten. Durch das Wassergeld würden die Hausbesitzer sehr geschädigt, auch die Mieter würden mitgenommen; dieser Beschluß wäre daher äußerst unsozial. Gegen die Einführung der Wassermesser habe man sich aus sozialen Gründen gewendet. Man solle doch erst das Ergebnis der neuen Gas- und Elektrizitätspreise abwarten.

Senator Dr. Lienau findet die Verwunderung über die Senatserklärung nicht am Platze. Die ganzen Verhandlungen über das Budget hätten doch ergeben, daß der Senat von Anfang an auf diesem Standpunkt gestanden habe. In anderen Städten sei der Wasserzins bedeutend höher. Nicht einmal der Durchschnittsmindestpreis werde hier nach der Erhöhung erhoben.

Senator Eschenburg: Das Finanzdepartement ist sich darin einig, daß es notwendig ist, die Einnahmen dauernd nach allen Seiten hin zu erhöhen. Gegen die Erhöhung des Wassergeldes zu sprechen, ist wohl ein dankbares Thema, notwendig ist sie aber doch.

Neuner: Wir müssen freilich für den Ausfall eintreten, es ist aber die Frage, auf welche Weise dies geschieht. In der ganzen Bevölkerung ist die Wassergelderhöhung unbeliebt. In allen Staaten wird von 1000 Mark Einkommen an wesentlich mehr Steuer erhoben als hier.

Senator Dr. Lienau weist auf die Erläuterungen zum Budget hin, die bewiesen, daß der Senat stets auf dies erhöhte Wassergeld hingewiesen habe.

Heinsohn hält es wohl für wünschenswert, daß der Hausbesitzer das Wassergeld sich vom Mieter bezahlen lassen könne, das sei aber nicht immer möglich. Den Vorwurf, die Hausbesitzer hätten jetzt schon mehr Mietezuschlag gefordert als sie die Miete steigerten, müsse er zurückweisen.

Boie gibt Aufschluß über die Verhandlungen in der Bürgerausschußkommission. Durch Aufstellung eines Wassermessers komme man billiger weg, als nach der Bezahlung nach heizbaren Räumen. Bei zwei heizbaren Räumen werden 1,10 Mk., bei 3 1,65, bei 4 2,25 Mk. bezahlt pro Jahr. Das sei doch kaum ausschlaggebend. Dagegen würden wir durch erhöhte Einkommensteuer die Rentner und die Industrie von Lübeck abhalten. Man sollte hier doch nicht mit den Schlagworten von sozial und unsozial operieren. Gegen die Gewerbesteuer habe man damals ebenso geredet. Hätten wir diese nicht, dann müßten wir 28 % Zuschlag zur Einkommensteuer bezahlen.

v. Schack wendet sich dagegen, daß hier in Lübeck die Einkommensteuer höher sei als anderwärts. Erst bei 40 000 Mark Einkommen ziehe die Schraube an. Gegen diese verkehrte Anschauung müsse energisch Front gemacht werden. Mit 5000 Mark Einkommen zahle man hier 251,20 Mark Steuer, in Rostock dagegen 290, Kiel 417,20, Stettin 332, Neumünster 429 Mark usw. Wenn andere Städte größere Wasserpreise hätten, dann dürfe man nicht vergessen, daß jene ganz bedeutende Anlagekosten hätten, die hier in diesem Maße nicht zutreffen. Er lehne jede Erhöhung ab, da uns noch andere Quellen zur Verfügung ständen. Der Senat habe allen Beschlüssen des Bürgerausschusses zugestimmt, nicht aber habe er geprüft, ob das Wassergeld von den einzelnen Mietern erhoben werden soll. Der Hausbesitzer zahle diesen doch auch Gas und Elektrizität nicht. Die Zwangsversteigerungen des Grundbesitzes seien stetig gewachsen. 1903: 105, 1908: 147, 1912: 303. Also sei die Lage der Hausbesitzer nicht rosig. Den Zuschlag der Steuer sollte man auf 20 % erhöhen.

Senator Eschenburg: Wenn das Wassergeld nicht erhöht werde, müßten die Einkommensteuer, Grund- und Gebäudesteuer und die Gewerbesteuer erhöht werden. Die Frage, das Wassergeld von den Mietern zu erheben, werde geprüft. Ob Gas und Elektrizität erheblich mehr einbringe, müsse man erst abwarten. Wo sollte man hinkommen, wenn die Bürgerschaft allen Vorschlägen des Senats auf Erhöhung der Einnahmen entgegentrete. Auf die Erhöhung der Einkommensteuer dürfe man nicht stets verweisen.

Aug. Pape erinnert daran, daß die ermäßigten Gas- und Elektrizitätspreise schon jahrelang die Bürgerschaft beschäftigt haben. Wir hätten sie gefordert, als die Ueberlandzentrale geschaffen wurde, und seien gezwungen dazu mit Rücksicht auf die billigen Preise in den Nachbarstädten. Man sollte die Beamten als Agitationsreisende für diese Einrichtungen hinausschicken, dann würde vielleicht auch ein Erfolg eintreten, und erhöhte Einnahmen geschaffen. Die Preise für Wasser sollten nach dem Kubikinhalt der Räume und nicht nach deren Heizbarkeit bemessen werden. Für die Gewerbetreibenden, die durch die Beamtengehälter betroffen würden, sollte man einen Ausgleich schaffen. Eine Erhöhung der Einkomensteuer auf 18 oder 20 Prozent sei der Erhöhung des Wassergeldes vorzuziehen. Wolle man mit der Abgabe des Wassergeldes eine Aenderung vornehmen, dann müsse man auch ganze Arbeit machen.

Senator Dr. Lienau: Der Senat hat zuerst höhere Preise vorgesehen und ließ sich erst allmählich auf die niedrigen Gas- und Elektrizitätspreise ein. Dem Senat ist noch nie der Vorschlag gemacht worden, das Wassergeld nach dem Kubikinhalt der Wohnräume zu erheben. Ob dies praktischer ist, muß man erst prüfen.

Senator Eschenburg weist auf die Schuldentilgungskasse hin, die nur durch Travemünde einen kleinen Zuschuß erhalten habe. Die weiteren Ausführungen sind unverständlich.

Senator Dr. Lienau hält den Antrag Neuner für durchaus unannehmbar.

Hoff: Das von Herrn v. Schack über die Einkommensteuer Gesagte kann ich nur unterstreichen. Das ist auch von uns schon oft gesagt worden. Es ist bereits zu einer Manie geworden, unsere Einkommensteuer in bezug auf die Rentner als schlechte hinzustellen. Ich freue mich, daß auch von bürgerlicher Seite dieses zurückgewiesen wird. Senator Dr. Lienau will die Erhöhung des Wassergeldes dadurch schmackhaft machen, daß er sagt, andere Städte bezahlen mehr. Bei Neuerungen darf man sich nicht immer nach den schlechtesten Verhältnissen richten, sondern nach denen, die besser sind. Die Senatseinwände sind nicht stichhaltig, denn die Werbungskosten sind in anderen Städten höher durch kilometerlange Röhrenanlagen und andere Ausgaben, die dort erheblich ins Gewicht fallen. Diese Städte weisen kaum den Ueberschuß auf, den wir zu verzeichnen haben. Dann werden durch die Erhöhung zum Teil diese Kreise getroffen, denen sie eben das Gas verteuert haben. Diese hatten das Gas bisher für 12 Pfennige bezogen und müssen nun 13 Pfg. bezahlen; sie werden also doppelt getroffen. Darum muß die Wassergelderhöhung abgewiesen werden. Schwabrochs Einwurf, daß nicht genügend Abschreibungen eingesetzt sind, trifft nicht zu. Sind doch 18 500 Mark für Neuanschaffungen eingesetzt. So sind die Rohrnetzanlagen auch von den Abnehmern des Wassers schon bezahlt worden. Da kann man doch nicht sagen, das Anlagekapital sei größer, das Wasser müßte deshalb teurer sein. Man darf sich auch nicht davon schrecken lassen, wenn der Senat erklärt, er könne dem Budget nicht zustimmen, wenn der Preis nicht um 25 % erhöht werde. Wenn der Senat nicht beitritt, kommt eben am 1. April das Budget nicht zur Geltung. Dann hat er die Folgen zu tragen. Nehmen Sie den 20prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer so an, wie wir ihn vorschlagen. (Zustimmung b. d. Soz.)

Senator Dr. Lienau bestreitet, daß die bisherigen kleinen Abnehmer durch die Gaspreise mehr getroffen würden als bisher. (Widerspruch bei den Soz.)

Mantau: Die Annahme des Senatsantrages würde in der Bevölkerung einen schlechten Eindruck machen. Die Bessersituierten würden mit der Ermäßigung von Gas und Elektrizität bedacht und den ärmeren Einwohnern wird das Wasser verteuert. Und das ist unsozial. Mit demselben Recht, wo man auf das höhere Wassergeld von auswärts hinwies, kann man auch die Steuern in Vergleich ziehen; man will wohl die höheren Einkommen nicht bluten lassen.

Schwabroch ist mit dem letzten Satz gar nicht einverstanden. Gerade die hohen Einkommen seien hier im Verhältnis zu den niedrigen schwer belastet. Das Wassergeld könnte man vorläufig auf ein Jahr erhöhen, bis dahin sei der Ausfall von Gas und Elektrizität vielleicht ausgeglichen. Die Hausbesitzer würden die erhöhten Unkosten des Wassergeldes nur schwer wieder einbringen können.

Senator Eschenburg erklärt, daß der Senat zuerst eine 5jährige Preiserhöhung gefordert habe, dann auf 3 Jahre zurückgegangen sei, mehr könne er nicht zugestehen. Im übrigen behauptet der Senat, daß die hohen Einkommen hier ganz gewaltig herangezogen würden. Von 20 000 Mark aufwärts würde ein enormer Prozent zu der Einkommensteuer beitragen. Später müsse die Einkommensteuer doch noch erhöht werden.

Boie glaubt, daß sich die Bürgerschaft in ihren Handlungen nicht immer nach der Allgemeinheit richten könne. Vor 3 Jahren sei man anderer Ansicht gewesen, als Herr v. Schack. Vom Mietewert der Wohnungen wurden hier 7 % Grundsteuer erhoben, während Hamburg 14 % erhebe. Man wolle in Hamburg aus begreiflichen Gründen die Einkommensteuer nicht so hoch erscheinen lassen. Wolle man das Wassergeld nicht haben, müßten 21 % Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden. Jetzt sei für die Linke Gelegenheit, die Steuern zu bewilligen, die sie bei Beratung der Warenhaussteuer zugesagt habe.

Dr. Ihde erklärt das Ergebnis von 25 % erhöhten Wassergeldes als ein Kompromiß. Erst habe man mit 10 % Zuschlag zur Einkommensteuer gerechnet, dann sei aber auch noch die Puppenbrücke dazu gekommen, die allein 2 % Zuschlag zur Einkommensteuer erfordere. Die Bürgerschaft sollte hier Entgegenkommen zeigen. Werde diese Erhöhung nicht angenommen, dann komme auch die Gas- und Elektrizitätspreisermäßigung nicht. Nachdem durch einen unberufenen Mann unsere Finanzlage in fremden Zeitungen mißkreditiert worden sei, müsse man auch nach außen hin zeigen, daß das Budget angenommen sei. Die Herabsetzung des Lübecker Staates sei freilich von einem Manne erfolgt, der dazu nicht kompetent sei und der Mangel an Verantwortung für die schwerwiegenden Fragen gezeigt habe. Der Vorschlag Neuners sei unannehmbar.

Hoff wendet sich gegen Senator Dr. Lienau, dessen Angaben bezüglich des Kochgases nicht zutreffend seien.

Neuner vertritt seine Ansicht wiederholt und verlangt von der Behörde Prüfung dieser Frage.

Löwigt: über einen Teil der Ausführungen von Dr. Ihde habe ich mich gewundert. Er wünschte, der Senat müsse festbleiben und den Beschlüssen der Bürgerschaft nicht entgegenkommen. Ein solcher Ausspruch aus dem Munde eines Bürgerschaftsmitgliedes ist schwer zu begreifen. (Stelling: Er will wohl Senator werden!) Die Mehrheit der Bürgerschaft steht hoffentlich nicht auf diesem Standpunkt, sondern lehnt, wie die Mehrzahl der Redner, die 25prozentige Erhöhung ab, die für das Wasser gefordert wird. Herr Boie sagt, daß wir seinerzeit bei Ablehnung der Konsumvereins- und Warenhaussteuer erklärt hätten, andere Steuern zu bewilligen. Das ist vollkommen richtig und wir sind auch jetzt bereit, einer Vermögenssteuer unsere Zustimmung zu geben, wenn sie vom Senat eingebracht wird. Wenn gesagt wurde, daß die Steuer für Einkommen von 40 000 Mk. höher sei als anderwärts und dadurch Rentner von Lübeck ferngehalten würden, so glaube ich kaum, daß die Zahl der Rentner mit mehr als 40 000 Mk. Einkommen sehr groß ist. Aus Schwabrochs Ausführungen ging auch hervor, daß nach seiner Meinung die Industrie durch eine höhere Einkommensteuer von einer Ansiedelung in Lübeck abgehalten würde. Dann hätten Sie die Gewerbesteuer nicht bewilligen dürfen, welche die Industrie belastet. Senator Dr. Lienau sagte, als mein Freund Hoff hervorhob, durch die Neufestsetzungen des Gaspreises würden zum Teil minderbemittelte Einwohner betroffen, die zugleich mit der Erhöhung des Wassergeldes bestraft werden sollten, diese Annahme sei unrichtig. Ich gehöre selbst zu denen, die nur Kochgas benutzen, zahle also bis jetzt 12 Pfg. pro Kubikmeter. So kommt eine ganze Reihe Minderbemittelter in Betracht, denen Sie mit einem Preis von 13 Pfg. das Gas verteuert haben. Daß diese Leute doppelt getroffen werden, ist nicht der Wunsch der Bürgerschaft. Ich bitte Sie, die Erhöhung abzulehnen. (Beifall b. d. Soz.)

Senator Dr. Lienau: Das mag wohl in vereinzelten Fällen zutreffen, der Leiter des Gaswerks hat dies für kaum möglich hingestellt.

Aug. Pape glaubt, diese Ansicht des Senats beruhe auf einem Mißverständnis. Im übrigen sei nach außen hin der Eindruck besser, wenn die Einkommensteuer erhöht, als wenn das Wasser verteuert würde.

Dr. Ihde erklärt, er habe nicht den Wunsch ausgesprochen, der Senat solle bei anderer Entscheidung dem Bürgerschaftsbeschlusse nicht beitreten, sondern nur gebeten, die Senatserklärung für Ernst aufzufassen.

Der Senatsantrag, das Wassergeld um 25 Proz. zu erhöhen, wird in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 44 Stimmen angenommen.

Ferner sollen 100 000 Mk. aus der Ausgleichskasse entnommen werden.

Ein Antrag Hoff, die Einkommen bis zu 2000 Mk. vom Zuschlag zu befreien, wird nach kurzer Erklärung des Antragstellers abgelehnt, dagegen der Senatsantrag, die Einkommensteuer um 18 Proz. von Einkommen über 1200 Mk. an zu belasten, angenommen.

Der Wortführer erklärt, daß sich das Budget nun um ganze 120 Mk. besser gestaltet habe.

Hierauf wird das Budget gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Senator H. Evers gibt über die Verpachtung des Theaterrestaurants die Erklärung ab, daß der bisherige Pächter Kuhse nicht herausgedrängt worden sei. Er wollte dieselbe Pacht nicht weiter bezahlen, da er hierzu nicht in der Lage war. Kuhse wollte nur 6000 Mk. bezahlen. Der neue Pächter zahlt im 1. Jahre 6000 Mk., im 2. Jahre 7000 Mk., vom 3. bis 5. Jahre 8000 Mk. und später eventuell 9000 Mk. (Zuruf von P. Pape: Wenn er noch da ist! Heiterkeit.) Er behält sich allerdings das Recht vor, nach dem 3. Jahre vom Vertrag zurückzutreten. Der bisherige Pächter habe ständig geklagt. Ein Versprechen hätte er (Redner) dem Herrn Kuhse nicht dahin gemacht, daß die Konkurrenz der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit aufhöre. Die Konkurrenz dieser Gesellschaft bestehe darin, daß der Wirt die Preise ganz gewaltig drücke. Es sei ganz erstaunlich, zu welch billigem Preise dort Essen gegeben würden. Der bisherige Pächter habe keine richtige Abrechnung vorlegen können, er war mit seinen Zahlungen im Rückstand geblieben und mußte gemahnt werden. Richtig sei, daß der Pächter in dem Restaurant kein Erfolg gehabt habe. Der neue Pächter müsse unabhängig von den Lieferanten sein und an einen Erfolg glauben. Sonst sei gegen die Person des alten Pächters nichts einzuwenden.

Aug. Pape: Mit ähnlichen Worten hat der Senat auch das Andenken von Kurtscholz gefeiert, und doch war es ihm recht, daß die Theaterbehörde den Intendanzrat los geworden war. Herrn Kuhse wurde der größte Undank erwiesen, dem man einem Bürger erweisen konnte. Im übrigen könne man über die Aufstellung von Bilanzen verschiedener Meinung sein. Die vorgelegten Bücher wurden selbst vom Senator gutgeheißen (Zuruf: Hört, hört!), sie wurden von einem richtigen Buchhalter aufgestellt. Der Senator könne ja ein Prozeßverfahren einführen.

Der Wortführer bestreitet dem Redner das Recht, hier als Ankläger gegen den Senat zu fungieren, wogegen Pape protestiert.

Aug. Pape (fortfahrend): Dann hätte vor allem der Senator bei der letzten Verhandlung anwesend sein sollen, wie es sich auch gehört. Wenn Herr Kuhse nicht auf seine Kosten gekommen ist, dann hat auch der Vorsitzende der Theaterbehörde dazu beigetragen, der seine Familienfeier anderwärts abhalten ließ. Als man sah, daß der Pächter nicht auskommen konnte, hätte man ihm auch bessere Bedingungen stellen müssen, wie man es dem Theaterdirektor gegenüber getan hat. Der Vertrag mit dem neuen Pächter ist noch lange nicht so glänzend, wie es den Anschein hat. Wie bei den Beamten muß auch in solchen Fällen den Lübeckern der Vorzug gebühren.

Senator Kulenkamp weist die Vorwürfe des Vorredners zurück. Der Senat habe zu bestimmen, welche Vertreter der Senat zur Budgetberatung zu entsenden habe.

Senator H. Evers erwidert Aug. Pape, daß dessen Mitteilung über die Rechnungslegung direkt unglaublich sei. Was der Senat im Interesse der Behörde getan habe, könne er jederzeit verantworten.

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Der Wortführer gibt eine Eingabe der Bewohner von Karlshof bekannt, die sich auf die Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise bezieht.

V. Es folgt die endgültige Beschlußfassung über den an den Bürgerausschuß verwiesenen Antrag Heinsohn,

> die Bürgerschaft ersucht den Senat in Erwägung zu ziehen, ob nicht die amtlichen Bekanntmachungen getrennt von einer Tageszeitung für sich herausgegeben werden können.

Hoff: Ich bin der Ansicht, daß der Antrag der Bürgerausschußkommission in keiner Weise genügt. Die Bekanntmachungen müssen in den gelesensten Tageszeitungen erfolgen, nicht in derjenigen, die die kleinste Abonnentenzahl hat. Jetzt erfolgen die Bekanntmachungen in einem Blatte, das fortgesetzt die Arbeiter und ihre Vertreter in der gröbsten Weise verunglimpfte. Der ursprüngliche Antrag ging weiter. Die amtlichen Bekanntmachungen müssen in allen Tageszeitungen erfolgen, das kann ohne große Kosten geschehen. Sämtliche Tageszeitungen sind bereit, gegen eine Pauschale die Bekanntmachungen aufzunehmen; diese Pauschale würde sich nicht höher belaufen, als die Summe, die jetzt an das Amtsblatt bezahlt wird. In vielen süddeutschen Städten wird dies Verfahren eingehalten, es ist auch in Lübeck möglich. Man kann doch niemand zwingen, eine ihm nicht zusagende politische Zeitung zu halten. Wenn die Kommission sagt, die Anzeigen sollen in Zukunft auch in der kleinen Ausgabe der „Lübeckischen Anzeigen" aufgenommen werden, so ist das kein Grund dafür, daß der Antrag nicht weitergegeben werden sollte. Auch die kleine Ausgabe der „Lübeckischen Anzeigen" wird in Arbeiterkreisen wenig gelesen, sie bietet ebenso wenig Interesse wie die große, wenn auch in der kleinen Ausgabe die scharfen Angriffe auf die Sozialdemokratie nicht vorhanden sind. Es zeigt sich da, daß die Redaktion mit doppelten Mitteln arbeitet, mit einer Moral, die auch an Gerichtsstelle eine abfällige aber zutreffende Würdigung erhalten hat. Stimmt der Senat einer Änderung nicht zu, macht er sich mitschuldig an der Moral mit doppeltem Boden. Ich verlange, daß die amtlichen Bekanntmachungen in allen Tageszeitungen veröffentlicht werden. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Benda wendet sich gegen den Antrag Hoff, dieser sei ein selbständiger und habe mit unserer Frage nichts zu tun. Wir hätten uns nur rein formell mit dem abgeänderten Antrag Heinsohn zu beschäftigen, ob er an den Senat gelangen soll. Heinsohn wollte die amtlichen Anzeigen besonders gedruckt und den übrigen Zeitungen beigelegt wissen. Die Kosten würden aber zu groß, so daß man davon absehen müsse.

Aug. Pape kann die Ansicht des Vorredners nicht billigen, da wohl nur Herr Dahms die Kostenberechnung aufgestellt habe. Dazu hätten alle Verleger herangezogen

---

großer Mann von starkem Körperbau und rötlichem vollen Gesicht, das einen schlauen und gemeinen Ausdruck hatte. Sein dünnes und grauweißes Haar war von der hohen Stirn nach hinten gekämmt, während es an den Ohren fast senkrecht in die Höhe strebte, was einen ganz eigentümlichen Eindruck machte. Lebhafte, hellblaue und fast runde Augen blitzten unter geröteten Augenlidern hervor, und die herabhängenden schlaffen Backen paßten vortrefflich zu seinen genußsüchtigen breiten Lippen. Eine weiße Halsbinde und eine gewisse Sauberkeit seines einfachen Anzuges verrieten den alten Hagestolz, der mit kokett erzwungener Jugendlichkeit seinen Körper zu tragen und die Jahre um ihr Recht zu betrügen suchte.

Nach den ersten Begrüßungen, welche Herr Frese mit einigen beifälligen Verbeugungen begleitete, indem er zugleich der Dame des Hauses die Hand küßte, zog er ein Paar Zeitungen aus der Tasche und sagte mit einem süßen Grinsen: Ich bringe Ihnen die Zeitungen, Frau Nachbarin, damit Sie Ihre Morgenandacht halten können.

Pfui, Herr Frese, erwiderte die Geheimrätin. Sie sind ein Spötter.

Sind rein sehr, sind Herr Frese heftig lachend, ich bin so ein ehrlicher Deutscher, der mit der Wahrheit nicht hinterm Berge hält. — Beten Sie etwa des Morgens, wie es in der guten alten Zeit jeder Christenmensch ganz von selbst tat und den ganzen Tag unruhig gewesen wäre, wenn er es einmal vergessen hätte? Nein, Frau Nachbarin, Sie beten nicht, nicht einmal in die Kirche gehen Sie des Sonntags, obwohl Sie doch eigentlich in der größten Gesellschaft wären, und die lieben Sie ja, wie ich weiß, ganz aber die Katzen. — Und was gar der junge Herr hier, unser Doktor beider Rechte, fuhr er fort. Ja, diese jungen Leute! Sie glauben nur noch an sich selbst, von Beten aber ist so wenig bei ihnen die Rede, wie von Bescheidenheit und Arbeitsamkeit.

Der Doktor warf dem alten Herrn einen Blick der Verachtung zu und lagte sich in den Sessel zurück, indem er unmutig das Gesicht nach dem Fenster kehrte.

Aber, Herr Nachbar, sagte die Geheimrätin, Sie machen uns beiden da schöne Komplimente.

O, wie so? sagte Herr Frese. Ich bin so ein ehrlicher Deutscher, der den Mund nicht halten kann. Bitte tausendmal um Verzeihung; aber sehen Sie den Lauf der Dinge an, wird es nicht alle Tage enger?

Das kommt wahrscheinlich daher, weil Sie nicht die Welt regieren, lehre die Dame.

(Fortsetzung folgt.)

werden müssen. Durch die Übernahme der Bekanntmachungen in die kleine Ausgabe würde die Existenz der großen Ausgabe der „Lübeckischen Anzeigen" in Frage gestellt. Daß die große Ausgabe dadurch ihr Erscheinen aufgeben müsse, dieses Unheil könnte man kaum verantworten. (Große Heiterkeit!)

Hoff: Der Antrag Heinsohn soll selbstredend an den Senat gelangen, und dieser soll meine Anrege prüfen.

Heinsohn: Dr. von Brocken und Dr. Wittern haben die Frage geprüft. Herr Dahms wurde nur herangezogen, um über die Kosten sich auszulassen. Sie werden nicht teurer.

Dr. Hartwig würde eine Gemeindezeitung für das beste halten, doch seien die Kosten für 25 Abonnenten zu groß.

Aug. Pape: Es sind Verleger bereit, die Sache unentgeltlich zu übernehmen. Dem Staate erwachsen keine Kosten. Der Vorwurf ist der Kommission nicht zu ersparen, daß sie nicht allseitig geprüft hat.

Hoffs Antrag, den Heinsohnschen Antrag in seiner unveränderten Fassung wieder an den Senat zu bringen, wurde angenommen.

Schluß 9½ Uhr.

Aus der Partei.

Ein Gegenstück zur Dortmunder Schnelljustiz. Durch ihre Schnelljustiz beim Bergarbeiterstreik haben sich namentlich die Dortmunder Gerichte einen Namen gemacht. Wer einem Streikbrecher „Pfui" zurief, hatte im Handumdrehen seine Woche Gefängnis weg. — An den Dortmunder Gerichten kann man aber auch sehr gemächlich arbeiten. Unser Dortmunder Parteiorgan hatte im vorigen Jahre die Aufnahme einer Berichtigung, die der Amtmann von Brackel eingesandt hatte, abgelehnt. Das Schöffengericht gab dem Redakteur am 2. August recht. Da aber der Amtsanwalt gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt hatte, so beantragte der angeklagte Redakteur unterm 9. Oktober 1912 eine schriftliche Ausfertigung des freisprechenden Urteils, die aber sehr lange auf sich warten ließ. Inzwischen beschäftigte sich die Berufungsinstanz und auch das Oberlandesgericht als Revisionsinstanz mit der Sache, und es erfolgte die Verurteilung des Angeklagten. In diesen Tagen, am 26. März, traf endlich auch die Ausfertigung des Schöffengerichtsurteils ein, die nun dem Angeklagten jedoch nichts mehr nützen konnte. Das Unerhörteste an der ganzen Sache aber ist, daß die Urteilsausfertigung als Datum den 15. November 1912 aufweist!

Gewerkschaftsbewegung.

Streik in der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik. Die Schlosser, Dreher, Schmiede, Stellmacher und Hilfsarbeiter der beiden Schwesterbetriebe „Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik" in Barth und in Stralsund haben die Arbeit eingestellt. Durch die in Betracht kommenden Organisationen war an die Direktionen das Ersuchen gestellt, einen Tarifvertrag mit einigen Verbesserungen des jetzigen Arbeitsverhältnisses abzuschließen. Nachdem die Betriebsleitungen dies abgelehnt hatten, reduzierten die Arbeiter die Forderungen auf die Einführung von Einstellungslöhnen und Erhöhung der Stundenlöhne. Die beiden Direktionen zeigten aber auch jetzt so wenig Entgegenkommen, daß die Ablehnung dieser geringen Zugeständnisse gerechtfertigt erschien. In Barth sollten Einstellungslöhne von 30 Pfg. für ungelernte und 33 Pfg. für gelernte volljährige Arbeiter eingeführt werden. Die Direktion in Stralsund lehnte Einstellungslöhne überhaupt ab. Lohnzulagen in Höhe von 2–3 Pfg. gestanden beide Betriebe zu, in Barth sollten aber neben den alten und invaliden auch die minderwertigen Arbeiter von dieser Lohnzulage ausgeschlossen sein. Nach den Grundsätzen der Stralsunder Direktion wäre die Lohnerhöhung überhaupt nur einer Minderheit zuteil geworden. Darauf konnten sich die Arbeiter nicht einlassen. — Es wird ersucht, den Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen, sowie auch von Tischlern und Stellmachern nach Barth a. d. Ostsee und Stralsund fernzuhalten.

Zum Streik in der Binnenschiffahrt. Einzelne Mitglieder des Unternehmerverbandes operieren in der Oeffentlichkeit in sehr eigenartiger Weise. Sie behaupten, daß eine Beilegung des Kampfes unmöglich sei, weil die Arbeiterorganisationen jede Verhandlung ablehnen. Das ist unrichtig, denn die Arbeiterorganisationen haben sich jederzeit zu Verhandlungen bereit erklärt. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß die Arbeiteroganisationen von einer gesetzlichen Regelung der Nachtruhe nichts wissen wollen. Es ist wiederholt von ihnen betont worden, daß, wenn die Mannschaften die Garantie erhalten, daß die Nachtruhe in absehbarer Zeit eingeführt wird, dieser Differenzpunkt erledigt wäre. Diese falschen Darstellungen können also nur den Zweck haben, die Oeffentlichkeit und insbesondere die Unternehmer in Handel und Industrie, die wegen Nichtbeförderung ihrer Güter unzufrieden sind, irrezuführen. — Die Firmen überschwemmen die Ausständigen mit Telegrammen und Briefen, in denen sie erklären, daß alles bewilligt sei. In diesen Schreiben heißt es gewöhnlich: „Die Zulagen haben wir bewilligt, und mit der 5stündigen Nachtruhe sind wir auch einverstanden, die Wünsche Ihres Verbandes sind also erfüllt." Da die Mannschaften sehr zerstreut auf Dörfern wohnen, ist es schwierig, diesen Manövern rechtzeitig zu begegnen; trotzdem stehen die Mannschaften geschlossen im Kampf. — Auf der Oder sind fast sämtliche Streikbrecher mit Revolvern bewaffnet. Kommen Streikposten an die Fahrzeuge heran, so wird auf sie geschossen. Die Behörden sehen dem Treiben teilnahmslos zu. So wurde ein Streikbrecher, der geschossen hatte, trotzdem an Bord gelassen; den Revolver hatte er von der Gesellschaft erhalten. Von den streikenden Mannschaften haben über 1000 Mann andere Beschäftigung angenommen, sodaß nach Beendigung des Kampfes sich ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen wird.

Der Gendarmeriewachtmeister mit dem Mitgliederverzeichnis. Im November v. J. erhielt der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für den oberschlesischen Bezirk Pleß-Rybnik von mehreren Mitgliedern zugleich die Mitteilung, daß der Gendarmeriewachtmeister Klapper aus Orzesche im Besitze eines Mitgliederverzeichnisses sei, mittelst dessen er Mitglieder aufsuche und sie auffordere, ihm die Mitgliedsbücher auszuhändigen. Der Bezirksleiter Danisch schrieb an den Wachtmeister einen Brief, in dem er ihn ersuchte, diese Tätigkeit zu unterlassen, da sie ungesetzlich sei und nicht zu seiner Aufgabe gehöre. Weiter wurde in dem Brief die Vermutung ausgesprochen, daß der Herr Wachtmeister das Mitgliederverzeichnis nur durch frühere Beschlagnahme von Verbandsutensilien erhalten haben könne, wobei er sich das Mitgliederverzeichnis abgeschrieben haben müsse. Durch diesen Brief fühlte sich der Herr Wachtmeister beleidigt und stellte Strafantrag. Das Landgericht zu Gleiwitz gab dem Antrag der Staatsanwaltschaft statt und verwies die Sache zur Verhandlung vor das Schöffengericht zu Nikolai. Im Termin wurde festgestellt, daß der Wachtmeister Mitglieder aufgesucht und auch zur Herausgabe der Mitgliedsbücher aufgefordert habe. Auch mußte er zugeben, daß er im Besitze eines Verzeichnisses der Mitglieder gewesen sei. Auf die Frage, woher er das Verzeichnis habe, verweigerte er zunächst die Aussage. Als der Vorsitzende meinte, das habe er doch wohl von seiner vorgesetzten Behörde, stimmte er zu. Der Angeklagte wurde, weil er dem Herrn Wachtmeister den Vorwurf gemacht hatte, er handle ungesetzlich, zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Der Angeklagte sei ein gebildeter Mann und mußte darum wissen, daß der Vorwurf, der Wachtmeister habe ungesetzlich gehandelt, schwer beleidigend sei. Es könne ihm auch nicht der § 193 des St.-G.-B. zuerkannt werden. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Arbeiterschaft, Kirche und Schule.

Nachstehender Artikel ging uns mit der Bitte um Abdruck zu:

Ein „Produkt des Kulturbedürfnisses" ist eine zutreffende Bezeichnung für die Volksschule, denn nur der Zwang der Entwicklung der Industrie, des Verkehrs, kurz des modernen Wirtschaftslebens überhaupt, hat die herrschenden Klassen dazu vermocht, zu einem gewissen, wenn auch geringen Grade wenigstens den alten Grundsatz preiszugeben, daß die arbeitende Masse zwecks Erhaltung der Ordnung in Unwissenheit erhalten werden muß. — Der Fortschritt auf allen Gebieten muß die Bildungsrückständigkeit der Massen als einen unhaltbaren Zustand erscheinen lassen, wie ferner der stetig sich verstärkende Bildungstrieb des Proletariats nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung des Volksschulwesens bleiben kann.

Dem großartigsten Zuge des klassenbewußten Proletariats, dem freien Bildungstriebe desselben und seinem daraus resultierenden Bedürfnisse nach einem weiteren Ausbau des Schulwesens wird jedoch nirgend seitens der herrschenden Faktoren Genüge getan. — Immer noch gibt es nur Klassenschulen, immer noch besteht eine Scheidung der Kinder je nach den Gesellschaftsklassen, ein Hohn auf den Begriff Volkserziehung; und höhere Bildung ist ein Privileg der herrschenden Klassen. Die Lehrsysteme der Volksschule sind diktiert von den Interessen des Kapitalismus und prägen der Schule den Charakter einer Dressuranstalt auf, eines Instituts für die Abrichtung der Masse des Volkes für die Zwecke der Herrschenden.

Das wirksamste Mittel, dessen sich die herrschenden Klassen bedienen, um durch die Schule ihren Zweck zu erreichen, geduldige und möglichst anspruchslose Ausbeutungsobjekte zu erziehen, ist der Religionsunterricht. — Die Kirche ist heute nicht mehr wie im Mittelalter imstande, den Staat zu zwingen, ihr die Kinder auszuliefern, sondern die herrschenden Klassen treiben in ihrem eigenen Interesse die Kinder der Arbeiterschaft der Kirche zu, damit sie ihre verdummende Arbeit an ihnen verrichten kann. — Dieses System ist so aufgebaut, daß der ganze Lehrplan der Volksschule bis auf den Rechenunterricht religiös infiziert ist. — Neben dem Religionsunterricht ist es ganz besonders der Geschichtsunterricht, der als lügenhaft in seinem ganzen Umfange zu bezeichnen ist, der aber seine Stütze am Religionsunterricht hat und ohne diesen gar nicht aufrecht zu erhalten ist. —

Scharf trennt sich hier das proletarische Erziehungsprinzip von jedem religiösen, besonders von jedem christlichen. Alle christliche Erziehung geht von der Anschauung aus, daß das Uebersinnliche wichtiger sei als das Natürliche, das Geistige wichtiger als das Irdische. Und gerade daß man das Uebersinnliche pflegt, ist das Mittel zur Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen Machtmittel, zur Rechtfertigung der Ausbeutung auf Grund der bestehenden gottgewollten Ordnung der Dinge. Es wird alles als eine Fügung eines allmächtigen Gottes dargestellt nach der gänzlich vernunftwidrigen und aller Wissenschaft Hohn sprechenden christlichen Weltanschauung, daß der Lebensweg des einzelnen Menschen ebenso wie die Geschicke der Völker von dem dreieinigen Gotte geleitet werden. — Dazu wird den Kindern der ganze altorientalische Sagenwust als geschichtliche Tatsache gelehrt; während die natürliche Entwickelungslehre längst als wissenschaftlich feststehende Tatsache anerkannt ist, lehren alle Christentümer die Schöpfung der Welt und des Menschen wie die Bibel sie schildert. Dann das ganze vernunftwidrige System der Erlösungsgeschichte des Neuen Testaments und die Geschichte Jesu von Nazarth, dessen Lehren angeblich das Fundament alles Christentums sein sollen. — Um das ungeheure Vergehen an dem jugendlichen Proletariate zu begreifen, das durch diesen Religionsunterricht ihm angetan wird, braucht man nur die präzise Frage aufzuwerfen, ob die Unterweisung der Jugend eines Kulturvolkes im zwanzigsten Jahrhundert sich gründen darf auf die Anschauungen eines vor bald zweitausend Jahren im Orient gestorbenen, dazu sagenhaften, jüdischen Reiseprediger s. — Dazu kommt, daß, wie es auch nicht anders sein kann, diese ganzen uns übermittelten Reden Jesu erfüllt sind von den Irrtümern und dem Aberglauben seiner Zeit, erfüllt von dem Gedanken eines baldigen Weltendes, deshalb ist seine Moral und die der ältesten Christenheit so welt- und menschenfeindlich, so kulturwidrig, und es ist geradezu eine Versündigung an der Jugend der Arbeiterschaft, diese Ideen in ihre Köpfe einzuzwängen. — Nichts ist kulturfeindlicher, als von Kindesbeinen an der aufwärtsstrebenden Klasse den Mut zum Kampfe und damit die Kraft zum Siege zu nehmen. — Alles, was geschieht, alles, was ist, ist aus dem Willen einer überirdischen Allmacht — dann ist es selbstredend ein Blödsinn, wenn Menschen glauben, an diesem von einer ewigen Allmacht Geschaffenen etwas ändern zu können, da kann höchstens noch beten helfen! Und diese Idee in den Köpfen der Arbeiterschaft durch die Schule zu erzeugen, ist der Wille der Herrschenden; gelingt es, so haben sie geduldige Arbeitssklaven und williges Kanonenfutter. —

Zu diesem Zwecke hat der Kapitalismus die Religion von jeher mißbraucht und vor ihm die fürstlichen und kirchlichen Ausbeuter und Unterdrücker. Nichts aber ist schädlicher für den Fortschritt der Arbeiterklasse, als die von der Klassenschule betriebene religiöse Volksverblödung, denn sie lähmt das Denkvermögen der Menschen von vornherein, und anstatt Menschen zu erziehen, die mit dem Leben etwas anzufangen wissen und für den Kampf des Lebens geschult und gestählt sind, ist man darauf bedacht, willenlose Sklaven und Himmelserben aus ihnen zu machen. —

In der richtigen Erkenntnis, daß diese religiöse Menschenverdummung nur den Zweck hat, dem Interesse des Ausbeuter- und Unterdrückertums zu dienen, kämpft das klassenbewußte Proletariat für die Beseitigung der Religion aus der Schule, für die Trennung der Schule von der Kirche. — Unüberbrückbar ist der Gegensatz, in den sich dieses Christentum zur modernen Arbeiterbewegung stellt, den schon Karl Marx treffend bezeichnet mit den Worten:

„Die sozialen Prinzipien des Christentums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrücker gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde und sonstiger Sünden oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlösten nach seiner Weisheit verhängt. Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Kanaille, und das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch weit nötiger als sein Brot. Die sozialen Prinzipien des Christentums sind duckmäuserig und das Proletariat ist revolutionär." —

Keine andere reaktionäre Macht im Klassenstaate ist imstande, einen so geradezu vergiftenden Einfluß auf die Arbeitermassen auszuüben, wie die Kirche durch das heutige Schulsystem ausübt, denn um die Klassenherrschaft endlich zu beseitigen und dadurch aller Ausbeutung und Sklaverei ein Ende zu machen, muß das kämpfende Proletariat geistig frei sein, frei von allem Knechtssinn, sich seiner Menschenwürde bewußt werden, sich nicht als willenloses Gebild eines Gottes, in dessen Hand es ein wehrloses Spielzeug sein soll, fühlen. Heute hilft die Kirche, in dem heranwachsenden Proletariat alle Lebensfreude, alle Zuversicht auf eine bessere Zukunft seiner Klasse zu ersticken; sie tut alles, um das Proletariat schon durch die Erziehung niederzudrücken, seinen Aufstieg zu vereiteln. Doch sie kann dieses nur so lange, wie die Eltern gewillt sind, ihre Kinder in diesem Systeme geistig mißhandeln zu lassen, solange sie nicht auch auf diesem Gebiete ebenso wie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete sich entschließen, planmäßig kämpfend vorzudringen. — Wenn heute in den Parlamenten und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit von den Vertretern des arbeitenden Volkes die Beseitigung dieses Zustandes gefordert, die weltliche Schule verlangt wird, kann man ihnen hohnlachend das religiöse Bedürfnis der christlichen Eltern entgegenhalten, denn die Zahl derer, die offen bekennen, keine Anhänger dieses Systems zu sein, die keine Gemeinschaft mehr damit haben, weil sie der Kirche Valet gesagt haben, ist immer noch lächerlich gering. — Und doch ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, jeder Arbeiterin, die begriffen haben, wie ihre Kinder systematisch geistig zum Verkümmern und Verblöden gebracht werden, hier mit Hand anzulegen und zum Wohle unserer Kinder Besserung mit zu erkämpfen. Würden einige Hunderttausende deutscher Arbeiterfamilien der Kirche den Rücken kehren, wahrlich, sie könnten für ihre Kinder nichts Besseres tun, denn dann wäre es bald gar nicht mehr möglich, diesen Gewissenszwang noch auszuüben, dann würde man der Forderung nach der weltlichen Schule nicht Hohn oder einfaches Stillschweigen mehr entgegensetzen können, sondern man müßte ihr bald Rechnung tragen, und ein geistig freies Geschlecht würde heranwachsen können, ein Geschlecht voll Tatkraft und Kampfesmut, das stark und mächtig eine Zeit des Menschheitsglückes zu erkämpfen berufen sein wird.

Die Pflicht gegen ihre Kinder erheischt jetzt von der Arbeiterschaft mehr denn je zuvor ein konsequentes Handeln, in diesem Falle kann es nur eines geben: Heraus aus der Kirche!

Soziales.

Erhöhung der Arzneitaxe. Die „Apotheker-Zeitung" teilt mit, daß mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage vieler, besonders kleinerer Apothekenbetriebe die Arzneitaxe zeitgemäß erhöht werden soll. Von einigen Bundesstaaten soll ein dahingehender Antrag im Bundesrat eingebracht und dort möglichst bald verabschiedet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Unter dem Banne des Gesetzes. Eine ganz ungeheuerliche Strafe, die zu der in Frage kommenden Tat in gar keinem Verhältnis steht, verhängte das Kriegsgericht der 8. Division in Halle a. d. S. gegen den Musketier Wilhelm Wetterling von dem Infanterieregiment Nr. 39 in Dessau. Der Mann, von Beruf Gärtner, hält es beim Militär nicht aus und scheint an einem gewissen Wandertrieb zu leiden. Er ist bereits zweimal ausgerückt und deshalb wegen Fahnenflucht im Rückfalle mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Letztere Strafe hatte er am 17. März v. J. verbüßt. Bald darauf, am 14. April, passierte ihm eine kleine Urlaubsüberschreitung und er verließ deshalb aus Furcht vor erneuter Bestrafung wiederum die Kaserne. Daran, daß er eine Tat beging, die mit mindestens fünf Jahren Zuchthaus bedroht ist, hatte er natürlich nicht gedacht. Durch das drittmalige Weglaufen beging er nämlich Fahnenflucht im wiederholten Rückfalle. Er hatte Waffenrock und Seitengewehr weggeworfen, Zivilsachen angezogen und versucht, in seinem Berufe unter falschem Namen Arbeit zu bekommen. Dies mißlang ihm. Gelegentlich einer Festnahme bei dem Betteln erkannte man den Deserteur. Der Ankläger erkannte selbst an, daß die nun zu verhängende Strafe exorbitant hoch sei. Auf Grund des Militärstrafgesetzbuches sei er aber verpflichtet, wegen der Fahnenflucht die Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus nebst drei Jahren Ehrverlust und Entlassung aus dem Heere zu beantragen. Das Gericht mußte die gleiche Pflicht erfüllen und wie beantragt erkennen. Wegen der Preisgabe der Dienstgegenstände und der Beilegung des falschen Namens wurde noch eine Nebenstrafe von einem Monat Zuchthaus verhängt. — Und die drakonischen Strafen mußten verhängt werden als Folge einer kleinen Urlaubsüberschreitung.

Aus Nah und Fern.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde in Lichtenberg bei Berlin der Tischler Bull verhaftet. Frau Bull hatte am Sonnabend einem Kinde das Leben gegeben. Der Vater wird beschuldigt, das neugeborene Mädchen getötet und verbrannt zu haben. Der Verhaftete gab an, daß das Kind bei der Geburt schon tot war.

Massenvergiftung durch Pferdefleisch. In Solingen, Ohligs, Gräfrath und Höhscheid sind eine ganze Reihe von Vergiftungen vorgekommen. Aus Solingen sind acht, aus Höhscheid und Ohligs je drei und aus Gräfrath zehn Erkrankungsfälle gemeldet worden. Es scheint sich in sämtlichen Fällen um Vergiftungen durch Pferdehackfleisch zu handeln, das von einem Pferdemetzger aus Vohwinkel am Sonnabend in der Markthalle in Solingen verkauft worden ist. In sämtlichen Fällen zeigten sich die bei Vergiftungen durch Hackfleisch typischen Erscheinungen, die dem Typhus ähneln.

Familien-Drama. Die geschiedene Frau eines Steinsetzmeisters namens Gast in München suchte letzteren mit ihrem 15jährigen Sohne auf und machte ihm Vorwürfe. Als sie der Mann mit einer Hundepeitsche bedrohte, zog sie einen Revolver. Der Steinsetzmeister flüchtete; beim Überklettern eines Zaunes rief ihn die Frau an und schoß ihm eine Kugel ins Gesicht. Jetzt stürzte der Mann auf die Frau los. Da ergriff der Sohn den Revolver und schoß seinem Vater zwei Kugeln in den Leib. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht. Die Mutter und der Sohn stellten sich selbst der Polizei.

Nach Unterschlagung von 80 000 Mk. ist in Frankfurt a. M. ein Banklehrling geflüchtet. Der Bengel kann noch gut werden.

Pierpont Morgan, der amerikanische Stahlkönig, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

Lieber in den Tod als zum Militär. Auf entsetzliche Weise hat sich in Brünnstadt bei Würzburg ein junger Bauernsohn das Leben genommen. Dort sollte der 20jährige Alois Back zur Musterung erscheinen. Er hatte jedoch so große Furcht vor dem Soldatwerden, daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Er übergoß sich mit Petroleum und setzte seine Kleider dann mit einem Streichholz in Brand. Unter fürchterlichen Schmerzen verbrannte er bis zur Unkenntlichkeit.

Eine Mutter von ihrem Sohn erschossen. Ein schweres Unglück hat sich in Wolkenstein im Erzgebirge ereignet. In Wolkenstein spielte unter den Augen seiner Mutter der elfjährige Sohn des Fabrikarbeiters Blechschmidt mit einem Gewehr. Plötzlich entlud sich die Waffe, und die Mutter stürzte schwer getroffen zu Boden. Kurze Zeit darauf starb sie.

Der rollende Rubel. Der Bericht eines russischen Senators, der die sibirische Eisenbahn einer amtlichen Revision unterzogen hat, gibt auch eingehende Schilderungen über das Bestechungswesen auf den Eisenbahnen Sibiriens. Aus dem Bericht veröffentlichen russische Blätter unter anderem folgende Einzelheiten: Ein Vertreter der Kolomnaer Maschinenbaufabrik erklärt in einem an den Direktor der Fabrik gerichteten Schreiben: „Dank der Unterstützung, die wir auf den Eisenbahnen genießen, haben wir bei den Wettbewerben stets Erfolg. Würden wir nicht die Förderung der Eisenbahnagenten genießen und wollten wir Kommissionsgelder sparen, so gelänge es uns kaum, bei den verhältnismäßig hohen Preisen unserer Erzeugnisse im Vergleich zu denen unserer Konkurrenten, auch nur den vierten Teil der Bestellungen zu erhalten." Weiter wird in dem Schreiben empfohlen, Schmiergelder nicht zu sparen, denn je höher diese seien, desto größer sei der Gewinn der Firma: betrugen die Schmiergelder 2 Proz., so war der Gewinn der Firma 12 bis 15 Proz., bei 5 Proz. Schmiergeldern stieg der Gewinn auf 16 bis 30 Proz. In besonderen Fällen zahlte die Firma auch 10 Proz. Schmiergelder. Das war der Satz, den die Herren Twardowski erhielten; der eine diente auf der Transbaikalbahn, der andere auf der Sibirischen Bahn. Ein Ingenieur der Nikolaibahn bezog in den Jahren 1904 bis 1911 von der Firma G. List 20000 Rubel, was 15 Proz. des Wertes der Aufträge ausmachte. Solche Kommissionsgelder sind ein Gegenstand gewerbsmäßiger Vermittelung geworden; es gibt besondere Vermittler, die zwischen den Agenten der Bahnen und den Firmen Geschäftsabschlüsse und Schmiergelder vereinbaren und dabei selbst gut profitieren. Firmen, die keine Schmiergelder zahlen, werden bei der Lieferung der Bestellung so schikaniert, daß sie auf weitere Lieferungen verzichten oder sich zur Zahlung von Provisionen entschließen.

Von einem Erdbeben heimgesucht wurden die Inseln Siave, Tangi und Taland im ostindischen Archipel. Die Dorfschaft Meneloe wurde vollständig zerstört. 107 Einwohner wurden unter den Trümmern begraben. Durch die Zerstörung der Wege, Brücken und Häuser wurde großer Schaden angerichtet. Die Zahl der Toten ist nicht bedeutend. Ein holländisches Kriegsschiff ist nach der heimgesuchten Gegend abgegangen.

Die Großstadt Köln. Durch die nunmehr beschlossene Einverleibung Mülheims am Rhein wird Köln mit 620000 Einwohnern die viertgrößte Stadt Deutschlands. Das bisherige Köln hatte 540000, Mülheim 56000 und das ebenfalls einzuverleibende Merheim 24000 Einwohner. Berlin hat 2095000, Hamburg 1011000 und München 627000 Einwohner. An die vierte Stelle kommt nun Köln mit 620000, nach ihm folgt Leipzig mit etwa 617000 Einwohnern. An reiner Bodenfläche stand Köln bisher mit einem Stadtgebiet von 11705 Hektar schon an der Spitze der deutschen Großstädte. Nachdem es diesen Rang eine Zeitlang an Breslau abgetreten hatte, ist Köln nunmehr wieder bei weitem an erster Stelle. Nach der Eingemeindung Mülheims mit etwa 880 Hektar und Merheims mit 7055 Hektar wird Köln fast 20000 Hektar zählen und damit über ein dreimal so großes Stadtgebiet verfügen wie Berlin.

Hochwasser. Aus Bordeaux wird gemeldet: In mehreren Gegenden Südwest-Frankreichs ist infolge Regengüsse Hochwasser eingetreten. In Periqueux sind mehrere Straßen überschwemmt, deren Einwohner von Soldaten gerettet wurden. Zwei Personen sollen ertrunken sein.

Die Überschwemmung in Amerika. Während sich die Lage im eigentlichen Überschwemmungsgebiet weiter bessert, verschlimmert sie sich im Ohiotale, besonders in Westvirginien und Kentucky, wo Tausende durch die Fluten von ihren Wohnstätten vertrieben worden sind. Die Handelszentren am Ohio wurden von der Überschwemmung heimgesucht. In Hunrington in Westvirginien sind 15000 Menschen obdachlos. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Das ganze Geschäftsviertel steht bis zum zweiten Stockwerk im Wasser. Convington und Kentucky und dessen Umgebung sowie Cairo in Illinois sind von den Fluten eingeschlossen. In Cincinnati ist die Lage unverändert. Der Schaden dürfte sich dort auf etwa drei Millionen Dollar belaufen. In Louisville, wo die Flut erwartet wird, flüchten die Bewohner.

Neue Geschütze.

Krupp hat uns zu gute Panzerplatten geliefert und ein schönes Stück Geld daran verdient. Krupp muß uns deshalb wirksamere Geschütze liefern.

Bisher hatten unsere Linienschiffe Geschütze von 30 Zentimeter Kaliber, das Rohr war 16 Meter lang und wog 44000 Kilogramm, während das Geschoß 390 Kilogramm und die Pulverladung 143 Kilogramm wog.

Jetzt muß Krupp uns Geschütze liefern, die 35,5 Zentimeter Kaliber haben, ein Rohr von 17 Meter Länge und 68100 Kilogramm Gewicht und ein Geschoß von 620 Kilogramm, das mit 225 Kilogramm Pulver hinausgeschleudert wird und nahe der Mündung eine Nickelstahlpanzerplatte von 1170 Millimeter durchschlägt.

Daran verdient Krupp ein schönes Stück Geld.

Da aber die neuen Geschütze so gut und wirksam sind, wird Krupp uns neue Panzerplatten liefern müssen, die den neuen Geschützen Widerstand leisten.

Daran wird Krupp wieder ein schönes Stück Geld verdienen.

Und er wird noch mehr verdienen, wenn er uns zur Bekämpfung der widerstandsfähigen Panzerplatten neue Geschütze liefern wird.

Und so weiter, mit Wahnsinn zwar, aber doch Methode!

Literarisches.

„Der Naturarzt", 41 Jahrg., Nr. 4 (Auflage 165000). Red.: Dr. med. Schönenberger und Oskar Mummert. Exped.: Berlin SW. 11. Preis jährlich 3 Mk. Probenummer frei. — Aus dem Inhalt: Dr. Friedr. Schönenberger: Der Prießnitz-Umschlag. — Dr. med. Erwin Silber: Ueber entstellende Hautleiden. — Zahnarzt Dr. Kunert: Ist Zucker ein wichtiges Volksnahrungsmittel? — Oskar Mummert: Zur Bekämpfung der Kurpfuscherei. — Dr. Curt Spohr: Pockenimpfung und Impfschutz. — Aus der Sammelmappe: Kinderelend. — Eisenhaltige Vegetabilien. — Gegen rauhe Hände. — Kauen und Zahnverderbnis. — Die Schädlichkeit undurchlässiger Kopfbedeckungen. — Fleischnot und Eiweißminimum. — Aufbewahrung des Obstes. — Aus der Zeit: Zusammenbruch der Serumtheorie u. a. — Beilage: Für unsere Frauen und Mütter: Dr. med. K. Strünckmann: Die Skrofulose der Kinder und ihre Behandlung. — Friederike Laubmeyer: Schnelles Essen. — Aus Küche und Haus: Johanna Clar: Resteressen, Frühlingssuppen. — Aus der Wochen- und Kinderstube: Das Schreien des Säuglings u. a.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Blätter verfolgen den Zweck, den jungen Deutschen, Franzosen, Engländer oder Italiener in der Erlernung der Fremdsprache zu unterstützen und ihm die Mittel in die Hand zu geben, sich eine gründliche und gediegene Kenntnis in der zu erlernenden Sprache anzueignen. Sie enthalten neben einer durchlaufenden größeren Erzählung eine reichliche Auswahl anderer trefflicher Bildungsmittel: Eine schöne Auslese von Sprichwörtern, Gedichten, Uebersetzungsaufgaben, Gesprächen, die so recht dem Leben abgelauscht sind, Geschäftsbriefe, Rätsel, Adressennachweis usw. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur" in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

V. u. A. 2768

Mittwoch, den 2. April 1913
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

6. Distrikt.
Versammlung
am Donnerstag, d. 3. April
abends 8½ Uhr (2759
bei Brede, Kronsforder Allee.

15. Distrikt.
Versammlung
am Freitag, dem 4. April
abends 8½ Uhr (2759

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonnabend verstarb an Herzschlag der Genosse
Friedrich Fey
Obertrave 21 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, dem 3. April, nachmittags 4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhofe. Die Mitglieder sammeln sich bis 3½ Uhr im „Weißen Hirsch".
2739) Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Lübeck.

Am Sonnabend, dem 29. März verstarb unser Genosse
Friedr. Fey
im 36. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 3. April, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt. Sammelplatz der Genossen beim „Weißen Hirsch". Abmarsch von da erfolgt 3½ Uhr.
2737) Der Vorstand.

Spezialität seit über 30 Jahren **Kuheuter, per Pfund 65 ₰** unübertroffen im Geschmack Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16 vorm. M. Lahrtz. (2751

Sofort gesucht ein Knecht.
2764) Friedenstraße 48.

Suche einen **Barbiergehilfen**
für Sonnabend abends von 6 Uhr ab bis Sonnt. mittags b. gut. Verdienst. Zu erfragen i. d. Exped. d. Bl. (2726

Frdl. möbl. Zimmer
zu vermieten.
2750) Glandorpstraße 19, III.

Gesucht zum 1. Juli eine **Drei-Zimmer-Wohnung.** Preis 240 bis 270 Mk. Angebote unter **D M** an die Expedition d. Bl. (2744

Gesucht zum 1. Juli eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** von Leuten ohne Kinder vorm Holstentor. Offerten unter **L S** an die Exp. d. Bl. (2731

Gesucht zum 1. Juli von älteren Leuten in der Nähe Schwartauer Allee eine **2- b. 3-Zimmer-Wohnung** Angebote unt. **A** an die Exp. d. Bl.

Guter starker Kinderwagen
billig zu verkaufen.
2753) Helenenstraße 10.

2tür. Kleiderschrank, zerlegbar, **Bettstelle, Spiegel** billig zu verkaufen. (2757) Hundestraße 7, part.

Getragener Anzug
mittlere Größe, gut erhalten, billig zu verkaufen.
2775) Parcevalstraße 29, part.

Gute **Magnum-bonum-Eß-Kartoff.** zu verkaufen (2765) Heinrichstr. 40, I.

Franz. u. Rosen-Pflanzkartoff.
zu verkaufen.
2743) Kupferschmiedestraße 7.

Akten, die neue Heilmethode, 4 Bände, neu, billig zu verkaufen. Wakenitzmauer 3, III., rechts.
2769) Abends nach 6 Uhr.

Eine kleine Hobelbank (2740
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **B Z** a. d. Exp. d. Bl.

Pikkoloflöte
billig zu verkaufen.
2741) Warendorpstraße 70, III.

1 Gesellen-Handkoffer mit Schloß, **1 Bettstelle, 2 Matratzen** und **Maurergeschirr** zu verkaufen.
2737) Vorbeckstraße 7a, part.

Zwei Schulhandarbeitskörbe, Zither und ein **Ränzel** billig zu verkaufen. Dankwartsgrube 43.

Moderner Trauerhut (Krepp) und 2 altertümliche Bilder zu verkaufen. (2752) Brolingstr. 6.

Eine Handelsunterschule
zu verkaufen.
2751) Friedenstraße 89, I.

Ein gutes **Bettsofa** mit Auflag u. eine neue **Eßgarderobe** (poliert) billig zu verkaufen.
2756) Aegidienstraße 13, I. r. v.

Bienenfleiss konkurriert nicht mit Kunsthonig, sondern mit echtem Bienenhonig. (2373

Agnes Bernauer
Tragödie in 5 Akten von Friedr. Hebbel.
Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am 6. April sind **Bücher à 20 Pfg.** bei uns zu haben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

1 Hahn, 1 Heck- und kleines Vogelbauer billig zu verkaufen.
2748) Schwartauer Allee 205.

Feine Wäsche wird gewaschen und geplättet sowie Hausstandswäsche (2733
Ziegelstr. 19 c. Frau **Berta Frauer.**

Feine Wäsche wird gewaschen u. geplättet (2745
Kottwitzstraße 12, II., l.

Feine Wäsche
wird sauber gewaschen u. geplättet
2735) Kottwitzstraße 36.

Frau R. Klockmann
Hebamme (2749
wohnt jetzt Geverdesstr. 20, prt.

Rasieren und Haarschneiden
2755) Johannes Lohse, Wickedestr. 48

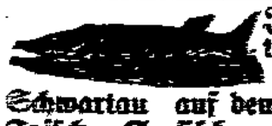
Fertige Särge
und Leichenwäsche 2742
Carl Weiß, Schwart. Allee 193.

Haltbare
Schuhreparaturen.
2740) **Karl Obst,** Brink 11b.

Kartoffelland
wird vermessen **am Sonntag, dem 6. April, vormittags 10 Uhr,** von meinen Ländereien am Ende der Einsiedelstraße. (2761
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meereiprodukte** in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185



Jeden Donnerstag u. Dienstag Verkauf in Schwartau auf dem Marktplatze: **Frische Seefische** aller Art, auch Gemüse. (2762
Emilie Boy, Königstraße 61.
Markthallenstand 46.

Gratis! Gratis!
Gebe am Mittwoch und Donnerstag auf 1 Pfund Margarine zu 80 oder 90 Pfg. (2773
1 groß. Block Schokolade
Gratis! Gratis!
Mart. Wegener
Balauerfohr 6, früher Hüxstr. 43.

Gegen Gutscheine bis Ende 1913 auf 20 Pfg. 1 ff. Doublee- oder goldplattierte Damen-Uhrkette
220 usw.
Schumann u. Wille, Wittenberge.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
183) empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft Fischergr. 52. (184

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Für unseren Neubau eines Verwaltungsgebäudes und eines Stallgebäudes sollen nachfolgende Arbeiten vergeben werden:

Los 1
Erd-, Maurer-, Beton- u. Eisenarbeiten.
Los 2
Zimmererarbeiten.

Die Bedingungen können ab Dienstag, den 1. April 1913 auf unserem Kontor abgeholt werden.

Offerten sind mit Aufschrift „Neubau" verschlossen bis zum Dienstag, dem 8. April 1913, vormittags 10 Uhr, an unser Kontor, **Rebenhofstraße 12** einzureichen.
2727) Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.
Hiermit zur Kenntnis, daß ich mit dem heutige Tage die
Gastwirtschaft
von Herrn Wiese
Krempelsdorfer Allee 22
übernommen habe.
Es wird mein Bestreben sein, meinen Gästen stets gute Speisen und Getränke zu verabfolgen.
Hochachtungsvoll
Paul Lindenberg.
NB. Bringe den werten Vereinen mein Lokal als Treffpunkt bei Begräbnissen gefälligst in Erinnerung.
2736) D. O.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
am Mittwoch, dem 2. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilung des Vorstandes.
3. Berichte vom Kartell, Gewerkschaftshaus u. Vorständekonferenz
4. Abrechnung vom Wintervergnügen
5. Verschiedenes.
2730) Der Vorstand.